Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Dienstag, den 29. April 1919 | Nummer 204 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 80 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Maifeier unter dem Belagerungszustand

Wie die Regierung den 1. Mai feiert.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß der Reichswehrminister verordnet hat:

1. Der Polizeipräsident von Berlin ist am 1. Mai d. J. berechtigt, auf Antrag öffentliche Versammlungen nicht nur in geschlossenen Räumen, sondern auch unter freiem Himmel und den geschlossenen An- und Abmarsch zu aber von diesen Versammlungen zu genehmigen.

2. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des Belagerungszustandes maßgeblich.

Dagegen hat die sächsische Regierung, die nur aus „Sozialisten" besteht, folgende bezeichnende Verordnung erlassen:

Es sind für diesmal alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle öffentlichen Auf- und Umzüge verboten. Dagegen ist an die zuständigen Behörden bestimmte Anweisung ergangen, keinerlei Hindernisse zu bereiten, wenn sich die Maifeiernden am 1. Mai in Gartenlokalen gesellig vereinigen oder in geschlossenen Räumen Feiern veranstalten. Sollten bei solchen Feiern Ansprachen gehalten werden, so muß freilich nach den Bestimmungen des Belagerungszustandes auch für eine solche Feierversammlung die behördliche Genehmigung vorliegen.

Der Polizeipräsident von Berlin macht darauf aufmerksam, daß die Genehmigung zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen mindestens 48 Stunden vorher nachzusuchen ist. Dasselbe gilt für Umzüge und für Versammlungen unter freiem Himmel, sofern für solche unter dem Belagerungszustand überhaupt ausnahmsweise eine Zulassung erfolgen kann.

Diese Verordnung erließ Herr Eugen Ernst am Montagnachmittag, so daß es außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird, die Versammlungen rechtzeitig anzumelden. Was hätte wohl Herr Eugen Ernst gesagt, wenn Herr v. Jagow eine solche Verordnung so verspätet erlassen hätte?

Verhaftung von Offizieren in Stettin.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Stettin, 28. April.

Der Militärputsch hat 4 Tote und 20 Verwundete gefordert sowie großen Sachschaden verursacht. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß es sich um eine im voraus abgekartete Sache handelte. Dafür spricht nicht nur die einheitliche Bewaffnung der Soldaten, sondern auch die genaue vorherige Erkundung des Terrains und die Tatsache, daß abends zuvor für die Sprengung der Versammlung von einem Offizier Freiwillige aufgerufen worden sind. Die Arbeiterschaft war durch diese Bluttat in eine furchtbare Erregung geraten, aber trotzdem bewahrte sie volle Disziplin, und keinerlei Ausschreitungen gaben den Noske-Gardisten auch nur die nachträgliche Berechtigung zu ihrem Massenmord. Das war den Ordnungsfüchsen zu prinzlich, darum versuchten sie zunächst in einem „authentischen Bericht" an die Presse die Tatsachen in ihr Gegenteil umzulügen. Später behauptete man, es sei nur durch ein Mißverständnis zu einer gegenseitigen Schießerei zwischen den Soldaten gekommen.

Die Arbeiterschaft der Großbetriebe beantwortete die Provokation mit einem Demonstrationsstreik. Geschlossen verließen sie die Betriebe, hielten unter freiem Himmel eine riesige Volksversammlung ab, die u. a. folgende Forderungen erhob: Verhaftung der ganzen Mörderbande und ihrer Führer. Strenge Untersuchung unter Mitwirkung einer Arbeiterkommission. Sofortige Entfernung des Detachements Poensgen aus dem Bezirk Stettin. Bildung einer Sicherheitswehr aus der organisierten Arbeiterschaft. Ausweisung der in Stettin befindlichen Balten. Verbot der antibolschewistischen Hetzplakate und Inserate.

Ein unübersehbarer Demonstrationszug überbrachte den beteiligten Behörden diese Forderungen, die in einer Verhandlung mit den staatlichen, städtischen und militärischen Behörden angenommen wurden bis auf zwei Punkte, über die noch nicht endgültig entschieden werden konnte. Da erst während dieser Verhandlungen die angeblich authentische Darstellung des Generalkommandos bekannt wurde und selbst der Oberpräsident erklären mußte, daß diese nur die Aussage der Verbrecher sei, wurde die Verhaftung des Generals von Stockhausen verlangt und durchgesetzt, damit dieser nicht durch weitere falsche Berichte den Tatbestand verdunkeln und die Massen provozieren könne. Ebenso wurde auf Verlangen der Arbeiter der Hauptmann Poensgen verhaftet. Abends gegen 6 Uhr nahm eine von der U. S. P. einberufene Massenversammlung den Bericht der Verhandlungskommission entgegen. Die Rechtssozialisten hatten um dieselbe Zeit eine Protestversammlung an einem anderen Platz einberufen. Wie wenig sie ein Recht zum Protest hatten, geht aber aus ihrem Parteiorgan hervor, das den Mördern durch verlogene Meldungen zu Hilfe geeilt war.

Vor der Fertigstellung des Vorfriedensvertrags.

Paris, 28. April. (Havas.)

Diplomatischer Lagebericht. Die drei Regierungschefs und die Minister des Auswärtigen der vier Großmächte hielten gestern keine Sitzungen ab. Der Redaktionsausschuß arbeitete indes den ganzen Sonntag über. Der Wortlaut des Vorfriedensvertrages wird heute fertiggestellt werden. Es bleibt nur noch das Kiautschouproblem offen. Voraussichtlich werden die drei Staatsmänner am Dienstag eine endgültige Entscheidung treffen, indem sie die Forderungen Japans befriedigen. Die militärischen und maritimen Bestimmungen sind bis auf wenige von untergeordneter Bedeutung festgelegt. Ueber den Kaiser-Wilhelm-Kanal ist noch keine Einigung erzielt. Der Dreierrat hat ferner noch die Luxemburger Zollfrage, die Frage der Zukunft der deutschen Kabel und die Frage der deutschen Kriegsgefangenen und deutschen Arbeiter zu regeln.

Die Sonderkommission wird heute über letztere ihre zusammenfassenden Arbeiten vorlegen. Die übrigen Fragen sind sämtlich gelöst und werden in endgültige Fassung gebracht. Die Bestimmungen über die deutschen Grenzen mit Einschluß der Bestimmungen über das Schicksal des linken Rheinufers sind fertiggestellt. In den Kreisen der Konferenz ist man der Ansicht, daß der Text am Freitag, spätestens Sonnabend, der deutschen Delegation übergeben werden kann. Am vorhergehenden Tage wird der Text in einer geheimen Vollsitzung den Vertretern der 21 alliierten und assoziierten Mächte zur Kenntnis gebracht.

Abreise der deutschen Delegation.

Berlin, 28. April.

Die deutsche Delegation ist heute nachmittag vom Potsdamer Bahnhof in zwei Zügen um 8,15 und 8,32 Uhr nach Versailles abgefahren.

Prozeß gegen Ledebour und Däumig.

Wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, sind in dem Prozeß gegen Ledebour bis jetzt 55 Zeugen geladen worden, die bekunden sollen, daß die Unruhen im Januar und Februar von Ledebour planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden sind. In dem Vorverfahren Däumig ist bisher nur ein Zeuge geladen. Die Anklage Ledebour stützt sich auf die Tatsache, daß er zahlreiche Reden aufreizenden Inhaltes gehalten hat, daß er namentlich in Versammlungen von Soldaten den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann propagiert und die Besetzung des Zeitungsviertels geleitet habe. Die Verteidigung Ledebours haben die Rechtsanwälte W. Liebknecht, A. Rosenfeld und Dr. Herzfeld übernommen, während Däumig von Dr. Weinberg verteidigt werden wird.

Ruhe in Wien.

Wie uns auf telephonische Anfrage in Wien mitgeteilt wird, ist die Nachricht eines Berliner Abendblattes, daß in Wien neue große Demonstrationen im Gange seien, unrichtig. In Wien ist alles ruhig, von Demonstrationen ist nichts bekannt.

Wien, 28. April.

Heute nachmittag fanden in mehreren Wiener Stadtbezirken Versammlungen der Arbeitslosen statt, die sämtlich ruhig verliefen. Der Versuch zweifelhafter Elemente, sich in den ersten Nachmittagsstunden auf dem Schwarzenbergplatz und in der Innenstadt anzusammeln, wurde von der Wache sofort vereitelt. Im Favoritener Arbeiterheim versammelten sich ungefähr 2000 ehemalige Arbeiter der früheren Munitionsfabriken Roth sowie des Arsenals. Die Versammlungen nahmen einen völlig ruhigen Verlauf. Es ereignete sich nirgends ein Zwischenfall.

Nochmals Schuldfrage und Friedensschluß.

Von K. Kautsky.

I. Die Schuldfrage.

Mein Artikel über die Friedensverhandlungen in der „Freiheit" wendete sich dagegen, daß die Regierung, der Erklärung Erzbergers zufolge, nicht gewillt sei, die Akten über den Ursprung des Weltkriegs jetzt herauszugeben.

Darauf antwortet „halbamtlich" die „Deutsche Allgemeine Zeitung", sie halte wohl, gleich mir, die Veröffentlichung der Akten für wünschenswert und notwendig, aber nicht jetzt. Die sofortige Herausgabe würde schon daran scheitern, daß „die Vorarbeiten für die Veröffentlichung noch gar nicht abgeschlossen sind".

Darin irrt das „halbamtliche" Blatt.

Schon im März teilte ich der Regierung mit, die Arbeit an den Akten sei so weit gediehen, daß mit dem Satz begonnen werden könne, und ich ersuchte sie, mir entweder zu gestatten, für die Herausgabe einen Drucker und Verleger zu suchen oder mir einen solchen zu bezeichnen, um mit ihm die technische Herstellung zu besprechen. Es waren nur noch einige Lücken auszufüllen und Arbeiten redaktioneller Natur auszuführen, in Fußnoten mit Verweisungen auf andere Dokumente u. dgl., Ergänzungen, die ebensogut in der Korrektur wie im Manuskript einzufügen waren.

Eine Antwort auf mein Ersuchen habe ich bisher nicht bekommen. Die letzte Feile an den Akten ging aber inzwischen weiter und ich war jetzt in der Lage, der Regierung mitzuteilen, daß die Arbeit mit dem 1. Mai völlig zum Abschluß gelangt sei und die wissenschaftlichen Kräfte, die sich nur für die Sichtung und Fertigstellung der Sammlung zur Verfügung gestellt hatten, wieder zu ihren Berufsarbeiten zurückkehren.

Von da an hängt der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Akten nicht mehr von mir, sondern ausschließlich von der Regierung ab.

Nun glaubte diese noch einen andern Grund für die Verschiebung der Veröffentlichung zu haben, als den angeblich noch fehlenden Abschluß der „Vorarbeiten". Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meint, nach der Veröffentlichung würde von der „ganzen Welt", „das, was gegen unsere Schuld spricht, mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht, dagegen das, was für sie spricht, mit dem ganzen Aufwand der Weltpropaganda doppelt und dreifach unterstrichen werden".

Wer sind die „wir", von deren Schuld der Offiziosus spricht? Das deutsche Volk? In den ganzen Akten, die ich durchgesehen, ist keine Zeile, die eine Schuld des deutschen Volkes am Weltkriege erkennen ließe. Sowohl sie auf eine Schuld hinweisen, ist es ausschließlich die Schuld einzelner Personen und einzelner Institutionen, die jenen Personen die Macht zu schaden verliehen.

Nicht als Mitschuldiger, sondern als Opfer der Schuldigen erscheint das deutsche Volk. Angesichts der furchtbaren Lage, in die es der Ausgang des Krieges versetzt hat, wohl als ihr bedauernswertestes Opfer, ausgenommen vielleicht das unglückliche Belgien.

Würde diese Erkenntnis den Regierungen und vor allem den Völkern der Entente beigebracht, dann hätte sicher das deutsche Volk eine bessere Behandlung und gerechtere Friedensbedingungen zu erwarten. Statt dessen glaubt die Regierung die Friedensverhandlungen am wirksamsten dadurch einzuleiten, daß ihre Wortführer die Schuld der gestürzten Machthaber als „unsere" Schuld bezeichnen, die man jetzt noch nicht ohne Gefahr für „uns" bloßstellen darf.

Das ist fast ebenso schlau wie das Arrangement, daß man einen der wenigen Teilnehmer an der deutschen Friedensdelegation, der internationales Ansehen genießt, Prof. W. Schücking, rasch noch vor Beginn der Friedensverhandlungen in den Richterspruch über den Fryattprozeß hineinverwickelte und dadurch der Gefahr der Kompromittierung vor dem Ausland aussetzte.

Die Regierung erscheint immer mehr von allen guten Geistern verlassen. Da ich durchaus nicht daran zweifle, daß sie von den besten Absichten beseelt ist, wirkt sie meines Erachtens wie ein umgekehrter Mephistopheles, wie „ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft".

2. Der Friedensschluß.

Und nun noch ein paar Worte über das eigentliche Thema meines früheren Artikels in der „Freiheit", über die Friedensverhandlungen. Herr Theodor Wolff untersucht meine Gedankengänge in der Montagsausgabe des „Berliner Tageblatt" und lehnt sie ab. Seine Darlegungen sind sehr ruhig und sachlich, sie überzeugen mich jedoch nicht, sondern veranlassen mich nur zu einigen ergänzenden Bemerkungen.

Theodor Wolff ist gegen die Unterzeichnung eines Friedens, der von den Grundsätzen Wilsons abweicht, denn er fürchtet, wenn er einmal unterzeichnet sei, wäre es aussichtslos, von den pazifistischen und demokratischen Elementen in den Staaten der Entente später seine Revision zu erwarten. Sie würden kaum dazu die Kraft gewinnen.

Was will man aber durch das Verweigern der Unterschrift erreichen? Soll es bloß eine „schöne Geste" sein um unseren Untergang effektvoller zu gestalten? Etwa nach dem Beispiel jener Matrosen, die, ehe sie mit ihrem Schiffe im tobenden Meere versanken, noch drei Hochs auf den Kaiser ausbrachten? Oder hofft man damit ein Zwangsmittel zu gewinnen, um einen besseren Frieden zu erzwingen?

Nur als letzteres kann die Verweigerung des Unterzeichnens für einen Politiker ernsthaft in Betracht kommen. Aber über welche Machtmittel verfügen wir augenblicklich, unsern Willen durchzusetzen? Kein Zweifel, die Ablehnung des Friedensvertrages würde auch den Gegnern sehr unbequem werden, brächte sie in große Verlegenheit. Für uns aber bedeutet sie, wenn sie den Gegner nicht sofort zum Nachgeben bringt, raschesten Untergang.

Auf die eigene Kraft allein angewiesen, kommt Deutschland heute gegen die Weltkoalition nicht auf. Es kann sich nur behaupten, wenn es Bundesgenossen gewinnt, und als solche kommen nur noch die ehrlich demokratischen und proletarischen Elemente aller Länder in Betracht. Theodor Wolff traut ihnen keine entscheidende Kraft zu, und im Augenblick stimmt das leider.

Aber welche anderen Elemente wären imstande, die Verweigerung der deutschen Unterschrift zum Ausgangspunkt einer großen Bewegung für die Revidierung der Friedensbedingungen zugunsten Deutschlands zu machen und die Niederlage der Ententeregierungen in dieser Frage herbeizuführen?

Auf den Sieg jener Elemente, die Wolff als machtlos bezeichnet, ist die Politik der Nichtunterzeichnung ebenso sehr eingestellt, wie die Politik, die unterzeichnen will unter dem Vorbehalt späterer Revidierung. Der Unterschied ist nur der, daß jene Politik scheitert, wenn der Sieg nicht sofort eintritt, während die andere den Sieg vorbereiten und abwarten kann.

Sie hat den Sieg vorzubereiten natürlich nicht durch eigene Rüstungen zu einem neuen Krieg, sondern durch eine Politik, die das Vertrauen der demokratischen und sozialistischen Internationale gewinnt. Daneben wird das deutsche Volk sich freilich nicht darauf beschränken dürfen, „dauernd zu protestieren". Theodor Wolff irrt, wenn er das als meine Meinung betrachtet. Proteste ändern selten etwas und bezeugen in der Regel nur die Ohnmacht des Protestierenden. Doch das deutsche Volk wird von selbst jeder Vergewaltigung ganz anderen Widerstand entgegensetzen, als leere Proteste. Die Erfahrung hat gezeigt, und das Deutsche Reich selbst ist ein Beispiel dafür, welche Kraft im Zeitalter der modernen Demokratie der Gedanke der nationalen Selbstbestimmung dort hat, wo er vergewaltigt wird. Das haben uns nicht nur Elsässer und Polen, sondern selbst die winzige Zahl der Dänen in Nordschleswig deutlich bezeugt. Was Polen und Dänen vermochten, können die Deutschen auch. Ihr Widerstand wird einen ständigen Antrieb bilden, den Frieden zu revidieren, wenn er sie vergewaltigt.

Nun meint Wolff freilich, das Ruhebedürfnis werde, wenn der Friede einmal geschlossen ist, so groß sein, daß selbst die Sozialisten, Demokraten, Pazifisten in den Ländern der Sieger nicht an seine Revision denken werden.

Möglich, daß sie nicht daran denken werden wollen. Sie werden aber daran denken müssen. So unsicher die Zukunft momentan ist, eins scheint schon festzustehen: den Friedensbedingungen, die jetzt die Sieger durchsetzen, ist eine Dauer nicht beschieden. Der Sieg entfesselt stets die Tendenz zur Maßlosigkeit, sie ist augenblicklich reichlich vorhanden und Wilson kaum imstande, sie so einzudämmen, wie er wünscht. Wir finden die Neigung zur Maßlosigkeit nicht bloß bei den Regierungen Frankreichs und Italiens, sondern auch bei ihren östlichen Verbündeten, namentlich Polen und Tschechoslowaken. Notabene: Herr Reventlow denunziert mich in einer Polemik der „Deutschen Tageszeitung" gegen meinen Artikel in der „Freiheit" als „Tschechen, also bewußten Feind des Deutschtums". Ich empfehle ihm, meine Ausführungen auf der Berner internationalen Konferenz über die tschechoslowakischen Ansprüche nachzulesen.

Nicht nur den deutschen, den gesamten osteuropäischen Grenzen dürfte eine Dauer kaum beschieden sein, wenn sie in der Weise gezogen werden, wie die Ententepresse erwarten läßt. Die „Balkanisierung" ganz Osteuropas allein würde die baldige Revision des Friedensvertrags notwendig machen, sobald nur einmal seine Wirkungen sich überschauen lassen und die Völker aus der Kriegspsychose wieder zur Vernunft kommen.

In gleicher Richtung wird das Erwachen des Orients wirken, das durch den Weltkrieg mächtig gefördert worden ist. Von unabsehbarer Bedeutung verspricht es zu werden, daß dort überall der nationale Gedanke gewaltig erstarkt und die religiösen Gesichtspunkte zurückdrängt, die die Völker des Orients bisher beherrschten und spalteten.

Im Weltkrieg wurde nicht bloß der Gegensatz zwischen katholischen Kroaten und orthodoxen Serben in den Hintergrund gedrängt, sondern, wie sich jetzt zeigt, auch der zwischen Kopten und Mohammedanern in Aegypten, zwischen Hindus und Mohammedanern in Britisch-Indien. Auf diesen Gegensätzen beruhte bisher dort die englische Herrschaft. sie muß jetzt auf ganz neue Grundlagen gestellt werden.

Angesichts dieser gewaltigen internationalen Wandlungen werden die Friedensbedingungen, die heute die Herren in Paris den Völkern der Welt vorschreiben wollen, nur den Wert eines Provisoriums haben, wenn sie Wilsons Grundsätze mit Füßen treten.

Aber nicht neue Kriege haben wir deshalb zu befürchten. Die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, einen dauernden Frieden zu schaffen und die Völker zur Ruhe zu bringen; die Lasten, die der Krieg auch den Siegern auferlegt hat; endlich das Kraftbewußtsein, das die sozialistischen Revolutionen Osteuropas dem Proletariat der ganzen Welt einflößen — alles das wird jene Klassen und Richtungen in Westeuropa, denen Wolff so skeptisch gegenübersteht, die Kraft verleihen, nicht nur den deutschen, sowie jeden andern Friedensvertrag im Sinne der vollen Selbstbestimmung der Nationen zu revidieren, sondern auch dem Völkerbundsgedanken zu seinem vollen Recht zu verhelfen.

Diese große Zukunft der internationalen Beziehungen vorzubereiten, dafür sich stark zu machen, ist unsere Aufgabe. Wir fördern sie nicht, sondern gefährden sie durch eine Politik, die alles auf die eine Karte des sofortigen Erfolges setzt — eine Karte, von der sie selbst meint, sie könne nicht herauskommen.

Kriegsschauplatz Deutschland.

Vormarsch auf München. Truppenkonzentration in Thüringen.

Der Oberbefehlshaber Noske hat anscheinend die Paradeabnahmen in Kowno beendet, denn der Heeresbericht von der bayerischen Front erzählt, daß der Angriff auf München begonnen habe und die Glonnlinie bereits im Besitze der Regierungstruppen sei. Glonnlinie, das klingt ganz Ludenburgisch; der Leser des Bulletins erinnert sich an die Marnelinie, an die Weichsellinie, an die Piavelinie, und er erwartet, daß sich die Heldentaten der Weltkriegsjahre nun auf dem innerdeutschen Kriegsschauplatz fortsetzen werden. Die Strategen der bürgerlichen Presse haben alle Hände voll zu tun; sie veröffentlichen Frontkarten, sie geben ihr Urteil dahin ab, daß „München in der Zange" sei, sie stellen Betrachtungen über den mutmaßlichen Fortgang der Operationen an.

Inzwischen versammelt Noske ein neues Heer im Herzen Deutschlands, in Thüringen; auf eine Vorstellung beim Generalkommando in Kassel, welche Bewandtnis es mit dieser plötzlichen Truppenverlegung habe, hat das Generalkommando sofort beim Kriegsministerium angefragt und von dort die lakonische Antwort bekommen: „Auf Befehl des Reichswehrministers." Der Arbeiterschaft Thüringens hat sich deswegen eine starke Erregung bemächtigt, die zunächst in Jena den einmütigen Entschluß zeitigte, sofort und entschieden gegen die mit der Truppenkonzentration verbundenen gegenrevolutionären Maßnahmen aufzutreten. Uns wird darüber von dort berichtet:

In Jena sind etwa 6000 Mann untergebracht worden. Die Jenaer Arbeiterschaft hat unverzüglich Stellung dazu genommen. Folgendes Telegramm wurde am 26. April abgesandt:

Reichspräsident Ebert, Berlin. Riesenversammlungen vormittags, 11 Uhr, gesamter werktätiger Einwohnerschaft fordern sofortige Zurückziehung von Regierungstruppen aus Jena und Umgebung, da sonst schwere Gefahr für Ruhe und Ordnung. Ersuchen um endgültigen Bescheid bis 28. April mittags. Bei Ablehnung sofortigen Abtransportes tritt gesamte Arbeiterschaft einschließlich Verkehrsarbeiter Dienstag, den 29. April in Generalstreik.

Am 23. April, abends 7 Uhr, war die Lage so: Etwa 20 Arbeiter waren zum Teil aus nichtssagenden Gründen von den Regierungstruppen mit Erschießen bedroht und dann mit „Hände hoch" wie Schwerverbrecher über eine halbe Stunde weit aufs Land geführt worden. Ein Kriegsinvalide wurde mit dem Gewehr in den Rücken geschlagen. Die Erregung in der Bevölkerung ist ungeheuer. Die rote Fahne, die auf dem Hause des Arbeiterrates seit der Revolution flatterte, ist unter Führung des Lt. Immlen von acht schwerbewaffneten Leuten gewaltsam entfernt und in Fetzen zerrissen worden, da sie zu feucht war, um sie vor dem Hause zu verbrennen. Aber ein gutes haben die Weißgardisten bewirkt: die Einigung der Arbeiterschaft. Vertrauensleute aller drei Parteien haben einstimmig unter großem Beifall folgende Leitsätze angenommen:

1. Die Arbeiterschaft fordert die Entfernung der gegenwärtigen Regierung, die sich als unfähig erwiesen hat, geordnete Zustände herbeizuführen.
2. Bildung einer rein sozialistischen Regierung unter Ausschluß aller kompromittierten Personen zur Leitung der Staatsgeschäfte bis zur Verwirklichung des Rätesystems und nachheriger entsprechender Neubildung der Regierung.
3. Sofortige Einsetzung einer Sozialisierungskommission aus Personen, die das unbedingte Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft besitzen. Ausstattung dieser Kommission mit den weitgehendsten Vollmachten.
4. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung des gesamten Bergbaus, des Großgrundbesitzes und der industriellen Großbetriebe durch Betriebsräte, in denen die Arbeiterschaft der bestimmende Teil sein muß.

Die reaktionären, gegenrevolutionären Handlungen haben also in Jena zu dem bemerkenswerten Ergebnis geführt, daß sich das gesamte Proletariat auf ein sozialistisches, revolutionäres Programm vereinigt hat. Jena ist der Sitz der rechtssozialistischen Organisation für ganz Thüringen, deshalb ist zu erwarten, daß die Parole der gemeinsamen sozialistischen Aktion mit der entschiedenen Ablehnung der bisherigen Führung nicht nur von den unabhängigen Sozialdemokraten und den Kommunisten, sondern auch auf die Rechtssozialisten aller thüringischen Länder großen Eindruck machen wird.

Ausdehnung des Streiks in Oberschlesien.

Beuthen (O.-Schl.), 28. April.

Seit Mittag hat sich die Lage in Oberschlesien wieder verschlechtert. In Gleiwitz ruht jede Arbeit. Die Gleiwitzer Kohlengruben und Hüttenwerke, ferner die sonstigen industriellen Anlagen liegen still. In Zaborze ist der größte Teil ausständig. Die oberschlesischen Zeitungen konnten heute nur in kleinem Umfange erscheinen, teilweise gar nicht.

Breslau, 28. April.

Die Belegschaft des Georgschachtes der Berginspektion Zaborze hielt eine Versammlung ab, die den Anschluß an den Generalstreik beschloß. Eine Abordnung übergab dem Betriebsführer folgende Forderungen: 1. Ersetzung des Grenzschutzes durch eine Arbeitermiliz. 2. Aufhebung des Belagerungszustandes. 3. Freilassung der politischen Gefangenen. 4. Versammlungs- und Redefreiheit. 5. Sechsstündige Arbeitszeit. 6. Bezahlung der Streiktage. 7. Erfassung der Lebensmittel durch die A.- und S.-Räte. 8. Selbstverwaltung für Oberschlesien.

Kattowitz, 28. April.

Nach einer Mitteilung des Staatskommissariats für Oberschlesien arbeiten die Gruben- und Hüttenbetriebe bis auf die Gruben um Königshütte, die vom elektrischen Strom abhängig sind. Die Belegschaft der Heinitzgrube übermittelte dem Bergarbeiterverband ähnliche Forderungen wie die Belegschaft des Georgschachtes.

Gleiwitz, 28. April.

Infolge des Streiks in den oberschlesischen Elektrizitätswerken in Zaborze ist, wie der ...cer meldet, heute auf einzelnen Gruben der Betrieb wegen Strombeschränkung eingestellt worden.

Beuthen OS., 28. April.

Der Ausstand des oberschlesischen Elektrizitätswerkes Zentrale Chorzow ist heute abend gegen 8 Uhr beendet worden. Durch diese Zentrale werden die Städte Beuthen, Kattowitz und Königshütte mit elektrischer Kraft versorgt. In der Zentrale Zaborze dauert der Ausstand noch an. Gleiwitz und Hindenburg sind daher noch stromlos.

Nach dem Generalstreik im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrrevier wird uns folgende Schilderung über die gegenwärtige Stimmung der Bergarbeiter mitgeteilt:

Der Riesenkampf der Ruhrbergarbeiter kann vorläufig als beendet angesehen werden. Rund vier Wochen haben 400 000 Knappen die Räder stillstehen lassen. Ein Kampf geführt, wie er einzig in der Weltgeschichte dasteht. Rund 6 Millionen Tonnen Kohlen sind durch diesen Streik dem Wirtschaftsleben entzogen worden. Es werden Monate vergehen müssen, ehe an eine regelrechte Kohlenproduktion an der Ruhr gedacht werden kann, da die Gruben, wenn auch nicht ersoffen, so doch durch das lange Aussetzen der Arbeit ziemlich in Mitleidenschaft gezogen sind. Namentlich in der Essener Niederung, bei der flachen Lagerung und dem druckhaften Gebirge werden Wochen vergehen, ehe erst die Strecken freigemacht und an Kohlengewinnung zu denken ist, da hier bereits viele Strecken zu Bruch gegangen sind. Rechnet man den Förderausfall, der durch die Instandsetzung der Gruben in den nächsten Wochen und Monaten noch eintritt, hinzu, so haben wir mit einem Kohlenausfall von 10 Millionen Tonnen zu rechnen. Hätten die Regierung und die Bergarbeiterorganisationen die Sozialisierung des Bergbaues gefördert, anstatt sie zu hemmen und dem Willen der Bergarbeiter entsprochen, so wäre dieser Kampf den Bergarbeitern und dem deutschen Wirtschaftsleben erspart geblieben.

Wird es nun mit dem eben abgelaufenen Generalstreik sein Bewenden haben? Werden die Bergarbeiter an der Ruhr nun die Streitaxt begraben? Das ist wenig wahrscheinlich, denn neuer Zündstoff ist da und wird neu geschaffen, dafür sorgt schon die „sozialistische" Regierung. Ohne jeglichen Grund hatte der „Kamerad" Bering alle Bergarbeitervertrauensleute verhaften und abführen lassen, einzig weil sie Streikführer waren. Gewiß waren sie Streikführer und Streikposten. Aber hat man denn auch nicht schon früher, sogar unter dem Letzten, Streikführer und Streikposten gehabt?

Selbst bei den großen Bergarbeiterstreiks 1905 und 1912 wagte es die Reaktion nicht, sich derartig an der persönlichen Freiheit des einzelnen am Streik Beteiligten zu vergehen, wie es Ebert-Scheidemann als ehemalige Sozialdemokraten jetzt tun.

Nun sitzen die Vertrauensleute der Bergarbeiter, ihre Zahl geht in die Tausende, in den Kerkern. Sie flehen und bitten ihre Angehörigen um Lebensmittel.

Schreckliche Hungerqualen müssen die Knappen in den Kerkern erdulden. Die Bergarbeiter gewinnen den Eindruck, als wenn die Handlanger der Regierung Ebert-Scheidemann die geistigen Köpfe der Bergarbeiter durch langsames Verhungern beseitigen wollen. Ein Sturm der Entrüstung geht durch die Bergarbeiter ob dieser Zustände, die an die Katorga in Rußland unter Nikolaus II. erinnern. Was heute die Reaktion mit Hilfe des ungesetzlichen, ohne jeglichen Grund verhängten Belagerungszustandes an den Vertrauensleuten der Bergarbeiter begangen hat, schreit zum Himmel. Möge der Groll aus der Tiefe an denen, die es angeht, nicht spurlos vorüber gehen, bis es zu spät ist.

Der Kampfeswille der Bergarbeiter ist nicht gebrochen. Mit geballten Fäusten sind sie allmählich und zögernd zur Arbeit zurückgekehrt. Die Bergarbeiter verlangen aber auch jetzt noch mit allem Nachdruck die Sozialisierung der Bergwerke. Nur wenn sie erfolgt, und zwar so, daß sie den Wünschen der Bergarbeiter entspricht, tritt Ruhe ein, andernfalls muß man sich schon jetzt auf einen neuen, vielleicht noch tiefer einschneidenden Kampf der Bergarbeiter an der Ruhr gefaßt machen. Die Bergarbeiter sind auch jetzt noch nicht gewillt, dem Kapitalismus als Knechte geduldig weiter zu dienen.

Essen, 28. April.

In den heutigen Frühschichten waren 12 308 Bergarbeiter ausständig gegen 44 058 am Sonnabend. Es wird auf allen Zechen gearbeitet.

Im Essener Revier streikten auf den für die Gasversorgung wichtigen Schächten Mathias Stinnes und Ver. ...heim noch etwa die Hälfte der Belegschaft. Auf 211 von 240 Schächten wurde heute voll gearbeitet.

Die Aufhebung der schwarzen Listen.

Der deutschen Waffenstillstandskommission ist mitgeteilt worden, daß nach Mitternacht vom 28. zum 29. April alle Schwarzen Listen von Firmen und Personen in Fortfall kommen. Dieser Beschluß ist auf ausdrücklichen Antrag der englischen Regierung gefaßt.

Die Aufhebung der schwarzen Listen bedeutet den ungehinderten Handel mit den Neutralen, soweit derselbe nicht durch die jetzt noch bestehende Blockade beschränkt wird.

Aufnahme des Briefverkehrs mit Italien.

Der Briefverkehr mit Italien ist wieder eröffnet. Zugelassen sind auf Gefahr des Absenders gewöhnliche und eingeschriebene Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben.

Wer regiert?

Das Verbot der „Republik".

Gestern nachmittag fand im Reichswehrministerium eine Unterredung Noskes mit Dr. Oskar Cohn und dem Chefredakteur der „Republik", Wilhelm Herzog, statt. In dieser Unterredung erklärte Noske, daß das Verbot der „Republik" aufgehoben werde.

Am Abend fragte die Redaktion der „Republik" bei Noskes Vertreter, Major Gilsa, an, ob die Aufhebung des Verbots auch dem Polizeipräsidium mitgeteilt worden sei, da sonst zu befürchten wäre, daß die Polizeireviere nach ihren bisherigen Instruktionen die Zeitungen trotzdem beschlagnahmen würden. Major Gilsa teilte mit, daß das Generalkommando Lüttwitz vom Reichswehrministerium entsprechend benachrichtigt worden sei und das Nötige sicher schon veranlaßt hätte. Das Reichswehrministerium würde aber dennoch Feststellungen treffen und notwendigenfalls die „Republik" benachrichtigen.

Später stellt die Redaktion der „Republik" bei mehreren Polizeirevieren fest, daß eine tatsächliche Aufhebung des Verbots noch nicht erfolgt war. Auf die Frage, ob in Anbetracht der Tatsache, daß das Verbot von Noske selbst aufgehoben worden sei, die Zeitung trotzdem beschlagnahmt werden würde, wurde erklärt: „Selbstverständlich, wir beschlagnahmen." Das Erscheinen der Zeitung am heutigen Tage, das der Minister bewilligt hatte, wäre also von den Polizeibehörden verhindert worden.

Man könnte nur diese Unterlassung für die Folge einer Vergeßlichkeit halten oder aber den langsamen Trab des Amtsschimmels dafür verantwortlich machen, daß sie aber beabsichtigt war, beweist die folgende Tatsache: Die Redaktion der „Republik" ersuchte das Wolff-Bureau um Verbreitung der Nachricht, daß das Verbot aufgehoben sei. Um jede Irreführung auszuschließen, wurde vereinbart, daß das Wolff-Bureau selbst die Bestätigung im Reichswehrministerium erbittet. Das geschah. Das Reichswehrministerium bestätigte auch, daß das Verbot am Nachmittag aufgehoben worden sei, erklärte aber gleichzeitig, daß das Wolff-Bureau diese Nachricht unter keinen Umständen verbreiten dürfe, solange nicht aus dem Reichswehrministerium eine besondere Mitteilung ergehe.

So also war die Möglichkeit verschlossen, daß die Exekutivorgane der Polizei wenigstens auf außerdienstlichem Wege von der Aufhebung erführen.

In der sicheren Voraussicht, daß die Zeitung, trotz Noskes Entscheidung, beschlagnahmt würde, da man das Verbot mit Absicht tatsächlich aufrecht erhielt, konnte die „Republik" auch am heutigen Tage nicht erscheinen.

*

Es kann nach dieser Schilderung wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß die allmächtigen Herren vom Korps Lüttwitz mit der Aufhebung des Verbots der „Republik" nicht einverstanden sind, so daß sie vorläufig unterbleiben muß. Auch ein Beweis dafür, wer jetzt die Macht in Händen hat.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 28. April.

Auf der gestrigen Sitzung der Internationalen Sozialistischen Konferenz unterbreitete Henderson den Entwurf einer Resolution in der Frage des Völkerbundes. Darin wird der Enttäuschung Ausdruck gegeben, die der Entwurf der Friedenskonferenz hervorgerufen hat, und die Forderung der Abrüstung wiederholt. Troelstra erklärte, er finde diese Resolution zu schwach. Die sozialistischen Parteien müßten von der Friedenskonferenz fordern, daß sie nicht ausschließlich einen Bund einiger Völker ins Leben ruft. Auch Renaudel fand den Wortlaut der Resolution vage und forderte entschlossenere Darlegung der sozialistischen Ziele. Er sagte, man müsse sich konkreter mit der gesamten Abrüstung zu Wasser und zu Lande befassen und fordern, daß eine sozialistische Delegation vom Rat der Vier empfangen werde. Wibaut trat dafür ein, daß in die Resolution auch das Arbeiterrecht aufgenommen werde. Der australische Minister Ryan sagte, für die Errichtung des Völkerbundes sei es notwendig, daß alle Völker ihre Ansicht darüber äußerten, und damit die Regierungen auch im Namen ihrer Völker sprechen könnten, müßte das allgemeine Wahlrecht überall eingeführt werden. Er sei der Ansicht, daß man überall die Dienstpflicht abschaffen und Berufsheere aufstellen müsse. Ryan gab die Erklärung ab, daß der in das in Bern aufgestellte Arbeiterrecht aufgenommene Grundsatz der Einwanderungsfreiheit wegen der furchtbaren Konkurrenz, die die farbigen Rassen den weißen Arbeitern machten, für ihn unannehmbar sei.

Der argentinische Delegierte Justo unterbreitete ein Amendement zum Antrag Henderson. Darin wird gefordert, daß die internationale Autorität Richtlinien für die allmähliche Abschaffung der gesetzlichen Maßnahmen, die für den Freihandel ein Hindernis bilden, ausarbeite. Justo trat für den Grundsatz des Freihandels ein und rief Ryan zu: „Mit Ihrer Politik des Schutzes der weißen Arbeiter bereiten Sie einen künftigen Krieg mit China und Japan vor." Der argentinische Delegierte Tomalo erklärte sich als Gegner der Berufsheere und sagte, die Rede Ryans habe bewiesen, daß die Völker sich mit dem militärischen Problem befassen müssen. Er schlage eine Sonderkommission vor, die alle Vorschläge und Verbesserungsanträge untersuchen soll. Die Kommission wurde ernannt. Sie setzt sich zusammen aus: Wibaut, Stuart Dunnies, Renaudel und Longuet.

Henderson erstattete hierauf über das in Paris aufgestellte Arbeiterrecht Bericht.

Amsterdam, 28. April.

In der heutigen Nachmittagssitzung der Internationalen Sozialistischen Konferenz wurde von Macdonald, Longuet und Haase eine Resolution eingebracht, in der über das Saargebiet erklärt wird, daß die offene oder verhüllte Annexion dieses Gebietes dem Wilsonschen Prinzip widerspricht und zurückgewiesen werden muß, daß aber der Ertrag der Bergwerke bis zur Wiederherstellung des zugefügten Schadens Frankreich zugute kommen muß. Der Text der Resolution wird noch näher formuliert werden.

Henderson begründete den Vorschlag des Bureaus, daß der nächste Kongreß erst am 2. Februar stattfinden soll, um auch weit entfernten Ländern eine sorgfältige Vorbereitung auf diesen Kongreß zu ermöglichen. Darüber fand eine ausführliche Debatte statt. Von verschiedenen ausländischen Delegierten waren Mitteilungen eingetroffen, daß sie infolge von Reise- oder Paßschwierigkeiten nicht anwesend sein konnten, u. a. auch von dem russischen Delegierten Bienstock und von den beiden deutschen Mehrheitssozialisten. Neu eingetroffen ist der georgische Delegierte Tschcheidse. Zur Übersetzung wird auch Locker erwartet.

(Die beiden Delegierten der Rechtssozialisten sind inzwischen abgereist.)

Die italienische Krise.

Rom, 28. April. (Stefani-Meldung.)

Eine erregte Menge erwartete Sonninos Ankunft am Bahnhof. Er wurde mit Hochrufen auf Fiume, Dalmatien und Italien begrüßt. Sein Automobil wurde vom Volk gezogen. Sonnino wurde von der Menge in das Stadtratsgebäude getragen, wo er eine Ansprache halten mußte. Er begrüßte hierbei den König und sprach die Hoffnung aus, daß Italien siegen werde, wenn es einig bleibe.

Stockholm, 28. April.

Wie Branting aus Amsterdam telegraphiert, wurde auf der dortigen Sozialistenkonferenz Wilsons offener Brief als eine große Erleichterung in der unklaren Lage begrüßt. Man ist der Ansicht, daß der Appell des amerikanischen Präsidenten an das Gewissen der Welt unendlich viel mehr bedeutet, als die Frage der Zugehörigkeit von Fiume.

Haag, 28. April.

Wie der „Manchester Guardian" mitteilt, haben die hervorragendsten Arbeiterführer Englands, wie Henderson, Hodge, Smillie und Thomas im Anschluß an den italienischen Zwischenfall in Paris dem Präsidenten Wilson, Clemenceau, dem italienischen Sozialisten Turati und Lloyd George ihre Glückwünsche und Zustimmung zu dem Wilsonfrieden der 14 Punkte gesandt.

Die Rumänen rücken vor.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Budapest, 27. April.

Szamuely, Bela Kun und Szanto gaben dem Arbeiterrat etwa folgendes Bild der Situation:

„Die Rumänen greifen nicht mit großen Kräften an. Sie sind auch moralisch unseren Truppen keineswegs überlegen; ihre Ausrüstung ist mangelhafter als die unserer Armee. Nur strenge Disziplin ist es, der sie ihre Erfolge zu verdanken hatten. Unser Rückzug ist auf Mangel an Disziplin in einigen Armeeteilen und Direktorien in der Provinz, sowie auf Mangel an geeigneten Kommandanten zurückzuführen. Diesen Mängeln — gleichsam Kinderkrankheiten unserer jungen Armee — wird durch Entsenden einer größeren Anzahl sozialistisch hervorragender politischer Bevollmächtigter zur Armee, weiter durch Inanspruchnahme der Dienste militärischer Sachverständiger gesteuert werden, welch letztere, gleich Ingenieuren, Ärzten und anderen Spezialisten, gezwungen werden sollen, ihr Fachwissen unter die Kontrolle politischer Bevollmächtigter in den Dienst des Proletariats zu stellen.

Budapest, 28. April.

Die Rumänen haben am 25. April in Angriff gegen den Nordflügel der Ostarmee Nagykallo erreicht und sind in der Richtung Theißlinie bei Csap von Süden vorgedrungen. An den übrigen Frontteilen der Ostarmee haben die Rumänen nur in unbedeutendem Maße Raum gewonnen. An der Südfront haben am 26. abends Jugoslaven von Battaszek in Richtung Szekszard unsere Sicherungstruppen angegriffen und einige Kilometer nordwärts abgedrängt. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Sozialisierung der Hochseefischerei.

Die Sozialisierungskommission hat kurz vor ihrem Rücktritt, allerdings in Abwesenheit mehrerer Mitglieder, ein Gutachten über die Sozialisierung der Hochseefischerei erstattet, das demnächst im Buchhandel erscheinen wird. Das Gutachten ist durch die stürmische Sozialisierungsbewegung in den Kreisen der Fischereibevölkerung veranlaßt und stützt sich auf die Tatsache, daß während des Krieges zahlreiche private Fischdampfer dem Reich unter Einräumung eines Kaufrechts, wie dies auch sonst üblich ist, verchartert waren, und daß ferner das Reich eine größere Anzahl von Schiffen gebaut hat, die für Fischereizwecke geeignet sind.

Von einer vollständigen Sozialisierung mußte im jetzigen Zeitpunkt abgesehen werden, weil der Fischereibetrieb stark zersplittert ist und zum Teil noch handwerksmäßigen Charakter trägt.

Daher schlägt die Kommission vor, unter Benutzung der erwähnten zwei Schiffskategorien (welche allerdings gegen den Rat der Kommission zum großen Teil den Privaten bereits übergeben sind oder ihnen übergeben werden sollen) sozialisierte Unternehmungen zu errichten, zu deren Gunsten weiterhin Enteignungen in solchem Umfange stattfinden sollen, daß ihnen mindestens die Hälfte der gesamten Fischdampferflotte gehört. Aus betriebstechnischen Gründen soll jede dieser Unternehmungen 20 bis 25 Dampfer umfassen; sie sollen in ihrem inneren Betriebe völlig wie selbständige Privatunternehmungen arbeiten, vor allem nicht in den Etat des Reiches einbezogen werden. Selbstredend ist eine weitgehende Heranziehung der Kapitäne und Mannschaften zur Verwaltung vorgesehen. Um die Position dieser Unternehmungen gegenüber den Lieferanten der Materialien usw. zu stärken, werden sie zu Bezugsgenossenschaften zusammengeschlossen und können als solche auch eigene Fabrikation betreiben.

Es muß aber eine zu starke Konkurrenz mit den weiter bestehenden Privatbetrieben vermieden werden. Daher sollen alle privaten und sozialisierten Fischereibetriebe für den Absatz zu einem gemeinnützigen „Deutschen Fischkontor" vereinigt werden, welches die ankommende Ware auf die verschiedenen Auktionsplätze verteilt und die Auktion für Rechnung der Eigentümer vornimmt. Diese Organisation würde somit auch die umfangreiche Einfuhr aus dem Ausland zum Zwecke einer möglichst gut geregelten Verteilung erfassen, die Ausfuhr dagegen völlig unverändert lassen. Es können daher neben den Privatexporteuren auch die sozialisierten Unternehmungen Erfahrungen auf dem Gebiete der Ausfuhr sammeln. Der Fischhandel wird im übrigen, um der großen Empfindlichkeit des Marktes willen, von der Regelung nicht berührt.

Hilfe für die Kriegsgefangenen.

Ein Reichsausschuß deutscher Frauen zur Befreiung unserer Gefangenen hat sich gebildet. Unter dem Ehrenausschuß sämtlicher weiblicher Abgeordneten haben sich die Frauen aller sechs großen politischen Parteien einmütig zusammengeschlossen, um für raschest Freigabe der Gefangenen zu wirken. Dem Arbeitsausschuß gehören an die Frauen: Margarete Dammann, Regina Deutsch, Jenny v. Dewitz, Ilse Hamel, Hedwig Ring, Adele Schreiber, Else Stahl, Dorothea v. Velsen, Margarete Wolff, Brief-Wellmann und Clara Weyl. Zunächst soll an einem der nächsten Sonntage eine Massenkundgebung im Zirkus Busch stattfinden, bei der Rednerinnen aller Parteien kurze Ansprachen halten werden. Ein Aufruf von Else Stahl „An die Mütter der Welt", sollen in die neutralen und feindlichen Länder geschickt werden, um aus der Angst und Not tausender deutscher Frauenherzen heraus das Gewissen der Welt wachzurütteln. Zur Vorbereitung waren im Schubertsaal die Vertreter von über 200 Frauenvereinen aller Richtungen versammelt, die sich dem Reichsausschuß angeschlossen haben. Es ist zu hoffen, daß die Frauenvereine ganz Deutschlands ihrem Beispiel folgen werden. Beitrittserklärungen sind zu richten an die Geschäftsstelle Frau J. v. Dewitz, Berlin-Wilmersdorf, Pfalzburger Straße 17.

Gewerkschaftliches.

Keine Musik am 1. Mai.

In den Musikersälen nahm gestern vormittag eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der Ensemblemusiker des Zentralverbandes der Zivilberufsmusiker mit großer Mehrheit einen Antrag an, am 1. Mai keine Ensemble-, Ball- oder Kinomusik auszuführen.

In den weiteren Verhandlungen wurden die Tarife der Ensemblemusiker besprochen. Eine demnächst einzuberufende öffentliche Versammlung der Zivilberufsmusiker soll beschließen, bis zu welchem Termin die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Wirte angenommen sein müssen oder sonst ein allgemeiner Musikerstreik ausbricht.

Die Straßenhändler und der 1. Mai.

Die Funktionäre Berlins haben beschlossen, daß am 1. Mai sämtlicher Straßenhandel sowie auch in den Versammlungen und Lokalen ruht. Sämtliche ambulante Händler, Straßenhändler und Marktfahrer treffen sich morgens um 9½ Uhr bei Heinrich, Große Frankfurter Straße 30, von da aus gemeinsamer Abmarsch nach dem Friedrichshain. Wir bitten die Berliner Arbeiterschaft uns hierin zu unterstützen, und an diesem Tage nichts von etwaigen Straßenhändlern zu kaufen.

Reichstarif für Versicherungsangestellte.

Anschließend an die gestern im Herrenhaus stattgehabte Teilverhandlung über den Reichstarifentwurf fand im Plenarsitzungssaal des Herrenhauses eine Versammlung sämtlicher Ausschußmitglieder der Versicherungsangestellten statt. Während der eingehenden Beratungen trat klar zutage, daß die Geduld infolge des langen Zuwartens auf den Reichstarif, dessen Abschluß spätestens am 31. März d. J. erfolgt sein sollte, endlich erschöpft sei. Dies wurde in folgender einmütig zugestimmter Entschließung zum Ausdruck gebracht:

> Die am 26. April im Herrenhaus tagende Versammlung der Ausschußmitglieder der Versicherungsangestellten verurteilt auf das schärfste die Absicht der Unternehmer, die Tarifverhandlungen zu verschleppen, indem sie einerseits redaktionelle Aenderungen bei den bereits festgelegten Urlaubsbedingungen sowie durch Rundschreiben an die Direktionen eine abschwächende, begriffsverwirrende Auslegung der Bestimmungen über die Mitwirkung der Angestelltenausschüsse herbeizuführen suchten.
>
> Die Versammlung erwartet auf das bestimmteste, daß die Arbeitgeber ihrem Versprechen, den Reichstarif zum 9. Mai restlos unter Dach zu bringen, unbedingt nachkommen. Die Versicherungsangestellten werden andernfalls ihrem Willen, endlich geregelte Gehaltsverhältnisse zu erlangen, am 12. Mai den nötigen Nachdruck geben!

[D]ie wirtschaftliche Lage der Postaushelfer.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses fand am Sonntag mittag eine stark überfüllte Versammlung der Postaushelfer und -Aushelferinnen statt. Karl Schmidt berichtete über die Verhandlungen mit der Reichspostverwaltung. Es handelte sich um die Erhöhung der monatlichen Teuerungszulagen. Gefordert wurde für Aushilfskräfte bis 18 Jahre 80 Mark, von 18—20 Jahren 120 Mark, über 20 Jahre und verheiratete Frauen 150 Mark, verheiratete Männer und Witwen 200 Mark, für jedes Kind 50 Mark. Bewilligt wurden für Aushilfskräfte bis 18 Jahre 80 Mark, über 18 Jahre und verheiratete Frauen 120 Mark, verheiratete Männer und Witwen 185 Mark, für jedes Kind 30 Mark. Die Forderungen für Abendaushelfer und Reinemachefrauen, die sich auf Stundenlöhne von 1,50 Mark und 1,10 Mark (ohne Teuerungszulage) beliefen, wurden nicht bewilligt, sondern erklärt, daß eine einheitliche Regelung hier nicht erwünscht sei. Auch die Urlaubsforderungen wurden dahin abgeändert, daß Aushelfer bei einjähriger Dienstzeit sieben Tage Urlaub, bei fünfjähriger Dienstzeit 14 Tage Urlaub erhalten sollen. Die Vertrauensleute lehnten die ungenügenden Zugeständnisse der Reichspostverwaltung ab und beauftragten die Lohnkommissionen, in weitere Verhandlungen einzutreten. Diese finden nun vor der Oberpostdirektion Berlin statt, so daß der Versammlung kein endgültiges Ergebnis mitgeteilt werden konnte. In der Diskussion kam die allgemeine Unzufriedenheit mit den Verhältnissen bei der Reichspostverwaltung stark zum Ausdruck. Besonders wurden die häufigen Entlassungen bei Erkrankungen stark kritisiert.

Zwei Resolutionen, die zu einer vereinigt worden waren, wurden einstimmig angenommen. Es wird darin die Mißstimmung über die zu geringen Zugeständnisse zum Ausdruck gebracht, ferner gefordert die Neuwahl des Beirats bei der Postverwaltung sowie das Mitbestimmungsrecht der Aushelfer bei allen Angelegenheiten, die die Aushelfer betreffen.

Am nächsten Sonntag, 4. Mai, findet am selben Ort und zur selben Zeit eine Versammlung statt, welche zu den erneuten Verhandlungen Stellung nimmt.

Die Obleuteversammlung der chemischen Industrie hat am Sonnabend folgende Resolution angenommen: „Die Obleute der chemischen Industrie erklären, daß sie sich als Fachgruppe 19 dem Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins anschließen. Sie erklären ferner, daß sie sich den Richtlinien des Z.-A. unterwerfen. Sie wünschen nicht, daß innerhalb der Fachgruppe Sonderorganisationen gebildet und daß für diese Zwecke Sonderbeiträge erhoben werden. Sie beauftragen den Zentralausschuß und damit die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mit der Durchführung ihrer gewerkschaftlichen Aktionen." — Sämtliche Obleute treffen sich am Dienstag, nachmittag 6 Uhr, im „Pschorrbräu", Friedrich-, Ecke Behrenstraße, zwecks Beratung des Tarifvertrages. Jeder Ausschuß muß vertreten sein. Wo Ausschüsse nicht bestehen, Vertrauensleute entsenden!

Obleute der Angestellten-Ausschüsse, Gruppe 12 (Eisenkonstruktion und Schlossereibetriebe). Versammlung am Sonnabend, 3. Mai, abends 7 Uhr, im Weihenstephan, Friedrichstr. 176. Eingeladen werden auch Vertrauensleute von Groß-, Schlosserei-, Geldschrankbau-, Eisenbahn-Betrieben, die noch nicht der Gruppe angeschlossen sind.

Achtung! Stellungslose Handlungsgehilfen! Männliche und weibliche Angestellte! Mittwoch, den 30. April, nachmittags 2 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße, großer Saal, eine öffentliche Protestversammlung statt. Tagesordnung: Bericht des Arbeitslosenrats, Diskussion. Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist es zu erscheinen. Der Arbeiterrat der Arbeitslosen.

Arbeiterwerkstatt Spandau! Am Mittwoch, vormittags 10 Uhr, findet in der „Neuen Welt" in Spandau eine Betriebsversammlung statt. Erscheinen aller erforderlich.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. 7½ Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus
Mittags 12 Uhr: Sinfonie-Mittags-Konzert.
Abends 7 Uhr: X. Sinfonie-Konzert der Kapelle der Oper.

Schauspielhaus
Neu einstudiert. 7 Uhr: Coriolan.

Direktion C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 Uhr: Der Vater.
Mittwoch: Musik.

Komödienhaus
8 Uhr: Feldherrnhügel.
Mittwoch: Feldherrnhügel.

Berliner Theater
7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Wie es euch gefällt.
Kammerspiele
7½ Uhr: Unterwegs.
Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der Blaufuchs.
Mittw., Donnst.: Dies irae.

Deutsches Künstler-Theat.
7½ Uhr: D. Schloß am Wannsee
Mittw., Donnst. 7½ Uhr:
Das Schloß am Wannsee

Neues Operettenhaus.
Schiffbauerdamm 4a Norden 81
7½ Uhr: Die keusche Susanne

Rose Theater
7½ Uhr: Stärker als der Tod

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Der Jäger aus Kurpfalz.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Seit Februar auf dem Spielplan
Vater Knolle.
Berliner Volksstück in 3 Akten
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Sonntag 3 U.: Mausi sei süss.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor
(fr. Sänssouci Kottb. Str. 6)
Abends 7½, u. Sonntag nachmittag 3 Uhr

Elite Sänger
ehemal. Mitglieder der Stettiner Sänger
Seidel, Russell, Horst, Gräning, Schubert, Riess, Rathke, Otto Schrader, Rudi Schrader
Ab 1. Mai vollständig neues Programm.
Brünnen-Konzert Beginn 7 Uhr
Sonnt. nachm. ermäßigte Preise.
Vorverkauf 11—1 Uhr.
Telefon: Moritzplatz 14814.

Nord-Palast
Brunnenstr. 18
Was ist Klasse???
Heute abend
Benefiz für
Georg Gau
mit seinem kleinen Bötchen.
Verstärktes Riesenprogramm!
Anfang 7 Uhr.

Sänger-Chor Wedding.
Die Abschiedsfeier des Virchow-Krankenhauses am Mittwoch, den 30. April findet nicht im Moabiter Gesellschaftshaus, sondern im Moabiter Schützenhaus statt.

Möbel
jeder Art
preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7
Nähe Rosenthaler Platz

Wenig!!!
gebrauchtes nußbaum Renaissance-Bufett, Kredenz, Auszugtisch mit drei Einlagen, Sofa mit Sessel, nußbaum Bücherschränke, Paneelbrett usw., billigst.
Möbel aus Osten
nur
30 Andreasstr. 30

Kleine Anzeigen

Platina
zu den höchsten Tagespreisen. Gebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Knuth, Zionskirchstraße 54 v. II.

Platina
zu den höchsten Tagespreisen. Zahngebisse, Gold, Silberabfälle kauft Frau Linke, Blücherstraße 48.

Schellack
sowie Leim, auch pfundweise, kauft E. Than, Berlin, Wiclefstr. 28, v. I. Moabit 2052.

Spiralbohrer, jeden Posten, kauft Buschhaus, Huttenstr. 28

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Rostockerstraße 22, Moabit.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße, Alex. 3939.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert R. Schumann, Große Frankfurter Straße 31 II.

Alt-Messing u. Kupfer
kauft Sucrofabrik, Hasselberger Straße 52. Tel. Lützow 9076.

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft jedes Quantum höchstzahlend Großfeld, Kottbuser Straße 21. Mpl 4016.

Elektrische Artikel, Kabel, Litzen, Leitungsdrähte, Motore kauft Weinzichr, Frankfurter Straße 71.

Metalle, Akten, Zeitungen, Lumpen, Weinflaschen, kauft zu höchsten Tagespreisen, Produkten-Großhandlung Neukölln, Richardstr. 9. Fernsprecher Neukölln 453.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 12—1800.— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Pianos
vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise.
Pianohaus Max Becker
Andreasstr. 47

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Backowerst 14 III. Preisangebot erbeten.

Mandoline, Laute, Gitarre,
Wandermandoline 45.—, erstkl. 85.— Konzertlaute 125.—, 145.—. (Unterricht 8.—, Monatshonorar, evtl. 10 stündige Schnellkurse), Künstlervioline mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 65.—, Ernst, Oranienstr. 166 III.

Tafelklavier
oder älteres Piano, auch Flügel, sucht Drescher, Neukölln, Delbrückstr. 56, III. Preisangabe erbeten.

Chaiselongue 90.— an, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen. Tapezierer Walter, Hasselbergstraße 18.

Reizende
Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongues, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portièren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 18, (nahe Rosenthaler Platz).

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meicke, Auguststraße 32 a. Quergeb. parterre.

Möbelkredit
an jedermann, kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Sambecker, Müllerstraße 7, eine Treppe.

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen. Riesen-Auswahl, enorm preiswert. Himmel, Lothringerstr. 22.

Maßkorsetts fertigt an bei Stoffzugabe Frau Margarete Richter, Fehrbellinerstr. 5.

Nähmaschine
Singerbobbin, Rundschiff wie neu verk. Kleiner, Erasmusstraße 1, Moabit.

Händler! Wiederverkäufer!
Großer Verdienst! Seidene Einsteckenadeln zur Meißeler, Stenzel, Boppstraße 8, am Kottbuser Damm.

Hoher Verdienst!
Straßenhändler für Postkarten und Zeitschrift sofort gesucht. Verlag „Ors“, S.W. 47, Kreuzbergstraße 73.

Unabhäng. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
(Ortsvereine der westlichen Vororte)
Kommunistische Partei Deutschlands
(westliche Bezirke)
Frei sozialistische Jugend

Donnerstag, den 1. Mai 1919, vormittags 10 Uhr:

Massen-Versammlung

auf dem Wittenbergplatz.

Thema: Der 1. Mai in der Revolution.

Massen heraus! Demonstriert für den internationalen revolutionären Sozialismus.
Treffpunkt um 8½ Uhr vormittags im Bezirkslokal der einzelnen Orte.

Die Vorstände der U. S. P. D. — **Bezirksleitung der K. P. D.**
Freie Jugend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel. Amt Moritzplatz 10628. 8578. — Bureau Berlin Rungestr. 30.

Freitag, den 2. Mai 1919, abends 7 Uhr, in Kliem's Festsäle, Hasenheide 14/15

Gemeins. Vertrauensmännerversammlung sämtl. Bezirke u. Branch.

Tages-Ordnung:
Unsere Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltung.

Turnen — Spielen — Wandern
FICHTE 8
Heute Dienstagabend 6 Uhr Eröffnung der
12. Schüler-Abteilung
Pasteurstr. 44/46
Turnzeiten: Dienstag und Freitag 6 bis 7½ Uhr. Monatlicher Beitrag 25 Pfg. Einschreibegeld 35 Pfg.
Jung Fichte seid willkommen!
8. M.-Abtlg.

Achtung! Zum 1. Mai Achtung!
Straßenhändler hoher Verdienst!
Liebknechts letzte Tage
herausg. v. sein. ständ. Begleiter. II. Aufl. ersch. heute im Verl. Philipp u. Schröder. Lippstr. 8 pt. abzuhol. v. 9 b 3 Uhr.

Achtung Straßenhändler!
Heute, Dienstag nachm. von 2—6 Uhr, erfolgt bei allen Grossisten und im unterzeichneten Verlag die Ausgabe der
Mainummer der „Tribüne“,
(Herausgeber Karl Schneidt),
die reißenden Absatz finden wird.
Verlag der „Tribüne“, Zimmerstraße 86, (Ecke Friedrichstraße.)

Strassenhändler
für politische Zeitschrift und aktuelle Broschüre. — Hoher Verdienst.
Buchhandlung Lachmann, Bayerischer Platz 13/14.
Eingang Speyerer Straße. 9—1, 3—5.

Händler! Hausierer!
Konkurrenzlos ist meine weiße
schäumende Bohrpasta
in 1½ Pfd.-Büchsen, 10 Pfd.- u. 20 Pfd.-Eimer und Fässer
in kaltem Wasser, in der Hand stark schäumend.
„Ueber Alles“, Vertrieb chem. Produkte G. Stein
Neukölln, Hermannstr. 237, Rollkrug, 2 Treppen.
Vertreter gut eingeführt, für die Provinz gesucht.

Zähne mit u. ohne Platte, m. echt. Friedens-Kautschuk, spez. mod. Gold-Technik, Goldkronen, Brücken, Plomb.
Erstklassige fachmännische Arbeit.
Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse. Reparaturen sofort. Zahnziehen m. Betäubung spez. für ängstliche nervöse Patienten. Schnell sie Bedienung. Bill. Preise ev. Teilzahl.
D. A. Löser junior, jetzt nur
Elsasser Str. 39¹, direkt am Oranienburger Tor 4 Min. vom Stettiner Bahnhof
Spr. tägl. von 9 bis 7 Uhr abends, Sonntag 9 bis 12. Tel. Nord. 10438

Schöneberg!
Im Einvernehmen mit unserem bisherigen Spediteur, dem Genossen Max Zuckert, Gustav-Müller-Straße 11, und gemäß Beschluß des Schöneberger Wahlvereins, wird unsere Spedition vom 1. Mai ab zu
Gebr. Derwald & Drews, Belziger Str. 27,
(Laden)
übertragen. Wir bitten alle unsere Abonnenten, ihre Adresse unverzüglich mittels Postkarte der neuen Spedition bekanntzugeben, um eine durch den Speditionswechsel allenfalls mögliche Unterbrechung zu vermeiden. Die neue Spedition wird die Zeitung zweimal täglich durch Botenfrauen liefern.
Verlag „Freiheit“, e. G. m. b. H.

Neuköllner Kahn & Dreßler Fernspr. Königst. 2062
Am 1., 4. u. 11. Mai
Zur Baumblüte nach Werder
Abfahrt 9 Uhr Reichstagsufer am Bahnh. Friedrichstr.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. großen Publikums!
Prozeßabteilung — Sprechzeit 9—8 Uhr.
Bisher gegen 120000 Ratsuchende.

Pumpen
für jeden Zweck und Größe, kleinst. Handpumpen zum Selbstaufstellen nach kostenloser Anleitung, fachm. Rat. Altes Spezialhaus. Kein Lastwagen.
Carl Köchlin & Co.
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 20 22.

Facharzt
Dr. Meyenberg
für Geschlechtsleiden
11—1 und 5—7 Uhr
Jägerstr. 12.

Großen Erfolg
haben selbst die
Kleinen Anzeigen
in der „Freiheit“.

Facharzt
für Haut-Harn-Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ritters Heilanstalt Jägerstr. 12
11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Rechts- und Auskunftsbüro
polnische Uebersetzungen.
Grzesiak, Landsberger Allee 7.

Achtung! Achtung!
Artilleriewerkstatt Süd Spandau
Die nächste Lohnzahlung findet am **Freitag, den 2. Mai,** gewerkweise und zu nachstehend angeführten Zeiten in der Kantine statt:

Gewerk bezw. Dienststelle	Zeit der Zahlung
Ng. 1 B. 18 Dr. 2 T. 13 Dr. 3 Hs. 2 Fr. 1 Ng. 3 Fr. 2 B 8	von 9 bis 10½ Uhr
Ng. 2 K. 17 K. 6 Wa. 1 Ng. 7 Or. 1 Or. 2 Rp. 1 Rp. 2 Ng. 5 La. 1 An.	von 10½ bis 12 Uhr
La. 2 Ng. 6 K. 21 Zb. 1 Ng. 8 Hs. 1 T. 4 Arbeiter-Büro Wa. 2 Dr. 1 Ng. 58	von 12 bis 1½ Uhr
T. 15 Ng. 9 Arbeits-Büro männlich Lager-Büro Arbeits-Büro weiblich	von 1½ bis 3 Uhr

Es wird zur Vermeidung von nachträglichen Auszahlungen dringend ersucht, die angegebene Zeit genau innezuhalten.
Spandau, den 26. April 1919.
Der Arbeiterrat.
gez. Leo.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere innigst geliebte Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, die Wittwe Frau
E. Diemar,
geb. Berger,
am 25. d. Mts., morgens 5 Uhr, verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken.
Die Beisetzung findet am Mittwoch, d. 30. April, 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Röbkestraße statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachruf!
Ortsverein Schöneberg.
Am 21. 4 verstarb nach kurzem Krankenlager unsere Genossin
Ida Richter
geb. Bucholz
Gustav Müllerstr. 23
im Alter von 28 Jahren an Lungenentzündung und Herzschwäche
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

U. S. P. Neukölln
Dienstag, den 29. April 1919, abends 8 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 14.
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung (Organisationsstatut Groß-Berlin).
4. Vereinsangelegenheiten (Maifeier usw.).

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Zahlreiches Erscheinen erwartet!
Der Vorstand. J. A.: Lachmund.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße ...
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—... Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!
Gürtler und Kronenschlosser!
Mittwoch, den 30. April 1919, nachmittags 4½ Uhr
Branchen-Versammlung
im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.
Tagesordnung:
1. Die Aufgaben unserer Branche in der nächsten Zeit. Referent: Kollege Oswald Obst. — 2. Freie Aussprache. — 3. Wahl zur Branchenkommission. — 4. Verschiedenes.
Der Saal steht uns diesmal ohne Zeitbeschränkung zur Verfügung. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Mittwoch, den 30. April 1919, abends 5 Uhr.
Versammlung
aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im „Dresdner Garten“, Dresdner Straße 45.
Tagesordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. — 2. Branchenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden extra darauf hingewiesen, daß unsere Versammlungen von jetzt ab wieder im „Dresdner Garten“ stattfinden. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Mittwoch, den 30. April 1919, abends 7 Uhr.
Versammlung
aller in den Innungs- und Fuhrwerksbetrieben beschäftigten Schmiede
in Bökers Festsälen, Weberstraße 17.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Meistern. — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Mittwoch, den 30. April 1919, abends 7 Uhr.
Branchen-Versammlung
der Eisen- und Metallformer und Berufsgenossen
in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18.
Tagesordnung:
1. Antrag auf Trennung des Formerfonds. — 2. Bericht über die bisherigen Verhandlungen zum Reichstarif.
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Handlungsgehilfen
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Heute, Dienstag, den 29. April 1919, abends 7½ Uhr, im Sport-Palast, Potsdamer Straße.
Große Versammlung
aller in den Waren- und Kaufhäusern sowie im Einzelhandel Beschäftigten.
Tagesordnung:
Beschlußfassung über die Annahme des Tarifvertrages.
Da der in dieser Versammlung zu fassende Beschluß von größter Wichtigkeit ist, ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu erscheinen.
Sektion der Warenhaus-Angestellten.
J. A.: Licht.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
(Bezirk Groß-Berlin)
Achtung! Achtung!
Kollegen, Delegierte zur örtlichen Generalversammlung.
Am Sonnabend, den 3. Mai 1919, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal IV)
Fortsetzung der vertagten Generalversammlung.
Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch und Delegiertenausweis sind am Eingang des Saales zwecks Kontrolle vorzuzeigen.
Die Bezirksleitung.

Gastwirtschaftliche Angestellte aller Branchen!
Die Vertrauensmänner-Versammlung am 24. April cr. im Café Kerkau hat mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen, den 1. Mai als revolutionären Feiertag durch Arbeitsruhe festlich zu begehen.
Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, diesen Beschluß restlos durchzuführen und an den Versammlungen der politischen Parteien teilzunehmen.
Der Arbeiterrat.
J. A.: Riebel.
Verband der Gastwirtsgehilfen.
J. A.: Goerke.

Achtung! Arbeiter! Lebensstellung!
Produktivgenoss. vollständig sozial organisiert, nimmt noch Mitglieder auf. Vor allen Tischler, Stellmacher, Maler, Böttcher und einige Maurer. Bedingung: 1000 Mark Einlage einzahlen.
Auch passive Beteiligung ist erwünscht.
Für sozial denkende, vermögende Herren sichere Geldanlage.
Auskunft wird erteilt am 2. 5. im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelufer, abends 6 Uhr, oder Brandt, Zeesen-Königswusterhausen.
Soziale Arbeitsgemeinschaft G. m. b. H.
Der 1. Vorstand Gustav Braunig.
Zeesen, Post Königswusterhausen.

München und Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

Kommt man gegenwärtig aus dem hermetisch abgeschlossenen München heraus oder gelingt es einem in München selbst eine der überaus seltenen Zeitungen aus Südbayern oder Norddeutschland zu erreichen, so faßt man sich an den Kopf, wie ein Volk, wie das deutsche, das sich gebildet und erzogen glaubt, all den Wahnsinn für wahr nehmen kann, den man dort über die Lage und Ereignisse in München verbreitet. Jenes Gefühl erfaßt einem wieder, das Unberauschte im August 1914 hatten, als man glauben konnte, die Russen, Franzosen, Belgier und Engländer seien nur mehr Bestien in Menschenleibern, die Brunnen vergiften, hinterrücks morden und die Augen ausstechen.

Sind es aber nicht ungefähr dieselben Nachrichten, die man über München verbreitet? Aus Scham über die maßlosen Lügen möchte man immer wieder hinausschreien: **Es ist nicht wahr!**

Es ist nicht wahr, daß der Genosse **Landauer** München die **Kommunisierung der Frauen** angeordnet habe. Niemand hat von ihr geredet, niemand hat über sie beraten, niemand hat sie beschlossen oder angeordnet. **Es ist nicht wahr**, daß in München die Bolschewiki herrschen. Kommunisten, Unabhängige und Arbeitssozialisten haben die Regierung inne, soweit sie sich zum Rätesystem als solchem bekennen. **Es ist nicht wahr**, daß der Bürgerschaft die Lebensmittelkarten entzogen worden sind, noch ihr entzogen werden sollten. **Es ist nicht wahr**, daß von kommunistischen Führern Raub und Plünderung organisiert werden. Tatsache ist, daß große Vorräte von Nahrungsmitteln privater Herkunft und aus Hotels geholt worden sind. **Es ist nicht wahr**, daß in München angezogenen Leuten die Kleider heruntergerissen worden. **Es ist nicht wahr**, daß den Frauen der Schmuck auf offener Straße abgenommen würde. **Es ist nicht wahr**, daß Geiseln erschossen worden sind.

Und so könnte man dieses „**Es ist nicht wahr**“ fortsetzen, bis man die letzte bürgerliche Zeitung oder das Regierungsorgan glücklich auf seiner letzten Lüge ertappt hätte.

München macht heute unter der Räteregierung keinen wesentlich verschiedenen Eindruck gegenüber früher. Es mutet geradezu lächerlich an, wenn Zeitungen wie die offiziöse „Deutsche Allgemeine“ von Mord, Hungersnot, Plünderung und Gewaltaten reden. Gar seit der Generalstreik behoben ist, die Straßenbahnen wieder verkehren, die Läden wieder offen sind, Theater — jetzt allerdings nur das Volk — ihre Pforten wieder geöffnet haben, geht alles seinen Gang, und niemand in München weiß etwas von den Schauerzuständen, die in Bamberg von dienerbeflissenen Schreiberseelen aus den Fingern gesogen und einer staunenden Welt aufgetischt werden.

Schon die **historische Entwicklung** der Dinge in München wird und wurde der Oeffentlichkeit unterschlagen. Doch ist der Werdegang der ersten Räterepublik relativ bekannt. Es war eine Räterepublik, die ihren Ursprung von einem zu den radikaleren zu rechnenden Führer **der Mehrheitssozialisten, Niekisch**, hatte. Die Ueberzahl der Mehrheitssozialisten, darunter auch die **Gewerkschaften**, schlossen sich an. Die Unabhängigen stellten gewisse Forderungen, die bewilligt wurden, und traten damit in die Räteregierung ein. Die Kommunisten hielten sich zurück, indem sie der Bewegung vielfach den Radikalismus vorwarfen. Es war dies der Augenblick, als die bürgerliche Presse über die zerbrochene Einheitsfront des Proletariats jubelte.

Da kam der ungeschickteste und dümmste Streich, den eine Regierung jemals gemacht hat: der **Putsch** in der Nacht vom 12. auf den 13. April, der durch einige Weiße Gardisten und etliche Agenten der Regierung **Hoffmann** ausgeführt wurde. In Sonderheit spielte dabei der Mehrheitssozialist und „Arbeiterrat“ **Löwenfeld** eine Rolle. Unter Recht wurde das schwankende Leibregiment mobil gemacht, etliche Leute von der Republikanischen Schutzwache stellten sich an, und man besetzte das Wittelsbacher Palais, wo der Zentralrat eine lange dauernde Nachtsitzung hielt. Etliche Führer wurden, wie bekannt, sofort verhaftet, unter ihnen Dr. **Wadler** und **Mühsam** — und wurden aus München fortgeschleppt. Am nächsten Morgen prangten Anschläge an den Mauern Münchens: der Zentralrat verhaftet, die Räterepublik sei gestürzt, die einzige rechtmäßige Regierung Hoffmann habe die Macht ergriffen, die ganze Garnison München stehe hinter ihr.

Speziell in letzterem hatte man sich nun aber arg geirrt. Schon am Vormittage dieses Sonntags waren die Anschläge alle von Soldaten der Münchener Garnison abgerissen worden, und obwohl zuerst jede Versammlung oder politische Demonstration verboten sein sollte, sammelten sich am Nachmittage auf der Theresienwiese die Münchener Arbeiter und Soldaten, soweit sie zur Räteregierung standen. Dort wurde die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die Entfernung der Republikanischen Schutzwehr beschlossen. Verschiedene Detachements wurden ausgeschickt, die die Stadtkommandantur usw. besetzten. Am Abend desselben Tages kam es zu einem Kampfe um den Münchener Hauptbahnhof zwischen den hoffmännischen und den rätetreuen Truppen, der etliche zehn Tote und eine Anzahl Verletzte forderte. Obwohl diese Auseinandersetzung in der Luft lag (der Bahnhofskommandant war als reaktionär und brutal bekannt; daß man dort Mißliebige peitschte und körperlich schikanierte, war an der Tagesordnung), muß doch betont werden, daß der erste Schuß von der Bahnhofsbesatzung abgegeben wurde. Nach zweistündigem Kampf wurde der Bahnhof übergeben, nachdem der Bahnhofskommandant **Schenbrenner** auf einer Lokomotive sich geflüchtet hatte.

Von dem Augenblicke der Bewaffnung der Arbeiter datiert das Eingreifen der **Kommunisten**. Sie waren aber nicht die Regierung allein an sich gerissen, sondern es sind auch heute noch **Unabhängige** und **Mehrheitssozialisten** an der Münchener Räteregierung beteiligt. Vor allem **Toller**, der Vorstand der Münchener S. P. D. ist, und nicht, wie man wiederum unwahrscheinlich verbreitet, Bolschewik. Nicht zwischen Spartakisten und Unabhängigen, Mehrheitssozialisten usw. geht die Scheidung, sondern zwischen Anhängern der Räterepublik und Anhängern des Ministeriums Hoffmann.

Die ersten Maßnahmen waren die Besitzergreifung der **politischen Macht**. Die unter der ersten Räterepublik erwählten Volksbeauftragten wurden ihres Amtes enthoben, und ein neuer, **fünfzehnköpfiger Zentralrat** trat ins Leben. Er stützt sich auf die Betriebsräte der einzelnen Fabriken usw. und die erst später (am 18. April) gewählten Fachräte der einzelnen Arbeiterkategorien. Als Zeitung gibt er in der Druckerei der „Münchener Neuesten Nachrichten“ die „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“ heraus, die täglich gegen ½3 Uhr in den Straßen Münchens gratis verteilt werden. Unrichtig ist die Behauptung, die Münchener Regierung habe die Zeitungen verboten; sie wurden vielmehr durch den Generalstreik am Erscheinen behindert. Außerdem gibt ein Vertreter des Zentralrats jeden Nachmittag im Garten des Wittelsbacher Palais Rechenschaft darüber, was tags zuvor geschehen, oder deutet an, was am folgenden Tage geschehen soll. Diese Versammlungen sind in der Regel sehr zahlreich besucht.

Eine der ersten Anordnungen der Räteregierung war die Schaffung einer **Roten Armee**. Sie sollte unter der ersten Räterepublik durch Werbungen geschaffen werden, unter der radikaleren zweiten wurde sie dadurch wirklich geschaffen, daß die Arbeiterschaft insgesamt Waffen erhielt. Zugleich traten die **aktiven Truppen** der Garnison München geschlossen zur Roten Armee über. Die bewaffnete Arbeiterschaft, die in zivil bleibt, aber mit roten Armbinden versehen wird, gibt der Stadt vielleicht den einzigen ungewohnten Anblick. Die an „adrette“ Offiziere gewohnten Bürger haben vor den manchmal etwas schiefen Hüten und verschwärzten Gesichtern Angst und Bange. In Wirklichkeit sind es gerade die Arbeiter, die jedem höflich entgegenkommen und jedem behilflich sind, wenn man sie als das behandelt, was sie sind: als Menschen. Es ist dagegen zuzugeben, daß wie unter jeder, in Uniform gekleideten Menge, sich unter den Münchener Soldaten genau so Leute befinden, die glauben, die Uniform sein ein Freibrief für Grobheit, wie es in den kaiserlichen und am meisten in den Noskeschen Garden Grobiane gibt. Auch unehrliche Elemente sind darunter. Bei Beschlagnahmen von Hamsterwaren ist es vorgekommen, daß die Waren nicht abgeliefert wurden, Diebstähle sind vorgekommen. Aber es ist doch ein Unterschied, ob die Regierung das unterstützt, wie man der Oeffentlichkeit glauben machen möchte, oder aber ob die Regierung auf solche Vergehen und Verbrechen die **schwersten Strafen** setzt, wie es die Wahrheit ist.

Die Roten Garden sind in Bataillonen formiert, die Uebungen usw. unternehmen. An der Spitze der Roten Armee stehen ehemalige Stabsoffiziere. Daß **Toller** Oberkommandierender sei, ist unrichtig. Die Stärke der Roten Armee wird verschieden angegeben, die einen sprechen von 12 000, die anderen von 20 000 Mann; absolut Einwandfreies ließ sich darüber aus verständlichen Gründen nicht erfahren. Jedenfalls verfügt sie über nicht unbedeutende Artillerie, auch Munition, und vor allem über bewaffnete Arbeiter, die mit einem geradezu religiösen Glauben zu ihrer Sache stehen. Es ist unzweifelhaft, daß ein Kampf gegen München **allerschwerste Blutopfer** erfordern würde. So hohe Blutopfer, wie sie noch keiner von den zahlreichen Umstürzen in den verschiedenen Teilen Deutschlands verlangt haben würde.

Die Bürgerschaft wurde entwaffnet, Hamsterwaren wurden beschlagnahmt, nicht wie man noch außen mitteilte, weil die Nahrungsmittelnot so groß geworden wäre, sondern aus Gerechtigkeitsgründen. Der Geldverkehr wurde dahin beschränkt, daß über eine bestimmte Summe nicht von den Bankguthaben abgehoben werden konnte. Der helle Schrecken über die „Spartakistenherrschaft“ veranlaßte nämlich die halbe Einwohnerschaft, einen unerhörten Ansturm auf die Banken zu veranstalten, wodurch die Zahlungsmittel vollkommen mangelten. Es wurde sogar notwendig, die Oeffnung der privaten Safes zu verlangen; ihnen wurde das Bargeld entnommen, dem Safeinhaber dafür auf der Bank ein Guthaben eröffnet. Molkereien, die auch in der Räterepublik noch versuchten, hinter dem Rücken Butter und Käse zu fabrizieren, dieweil niemand mehr Milch bekommen konnte, wurden erfaßt und müssen alle Milch für Kranke, Kinder und Greise zur Verfügung stellen. Die sehr große Kohlennot wurde durch eine strikte Beschlagnahme der öffentlich verfügbaren Kohlenvorräte wenigstens so weit als möglich behoben. Immerhin ist gerade die Kohlennot einer der gefährlichsten Feinde der Münchner Räterepublik.

Der **Generalstreik** wurde zuerst aufrechterhalten in der allerdings falschen Vorstellung, damit die Bürgerlichen treffen zu können. Es gab eine gewisse Kontroverse zwischen Räten und Führern, insofern z. B. **Levien** für Aufhebung, die Betriebsräte für Fortführung eintraten. Ein weiterer Grund der Fortführung war ein sehr realer: die Arbeiter konnten nicht zugleich in den Betrieben und in der Roten Armee stehen. Solange ein kommunistisches Zentrum so klein ist wie München und seine nächste Umgebung, ist es unmöglich, zugleich eine arbeitende und kämpfende Räterepublik zu organisieren.

Selbstredend ist, daß man nicht gerade mit Glacéhandschuhen zugefaßt hat. Das soll und das darf niemand erwarten; aber die ungeheure Angst, die das durch Falschmeldungen und tendenziöse Beeinflussung erregte Bürgertum hatte, das sich kaum noch auf die Straße zu gehen getraute, erregte selbst bei bürgerlichen Kreisen, soweit sie etwas Mut besitzen, ein gewisses Lächeln.

Aber eines sei festgestellt: dauert die Hungerblockade gegen München fort, dann allerdings kann für nichts mehr garantiert werden. Die Truppen der Bamberger Regierung zernieren München in verhältnismäßig geringem Umkreis, und verhindern die notwendige Zufuhr. Die Bauern werden in unerhörtem Maße und mit den unglaublichsten Mitteln aufgehetzt, nichts nach München zu senden. Daß daraus auf die Dauer Mundraub und Plünderung folgen **muß**, ist kein Zweifel. Bamberg aber wird dann nicht anstehen, auf die bösen Kommunisten, Spartakisten und Bolschewiki Hölle und Feuer herunterzuwünschen.

Sachlich ist zum Schlusse festzustellen, daß selbstredend München nicht militärisch stark genug ist, um einem konzentrischen Angriff von weißen Garden, württembergischen und preußischen Truppen zu widerstehen.

•

Aus **Bamberg** wird uns vom 24. April geschrieben:

Die Regierung Hoffmann führt hier eine absolute Willkürherrschaft ein. Die Führer der U. S. P. D. werden ohne Verhör in Schutzhaft genommen und sind Versammlungen nur nach Voranmeldung und auch nur bis 10,30 Uhr gestattet. Wer nach dieser Zeit ohne Paß die Straße betritt, hat Gefängnisstrafe zu gewärtigen. Auf das Werben der Regierung Hoffmann treten nur Bürger und Angehörige der freiwilligen Feuerwehr den Truppenteilen der Regierung bei.

•

Riesendemonstration der Eisenbahner.

Zu der großen Kundgebung der Eisenbahner am Sonntag geht uns in Ergänzung unseres Berichts noch folgende Darstellung über den Verlauf zu: Nach Eröffnung der imposanten Kundgebung durch den Bezirksleiter des Bezirks Groß-Berlin, **Scholz**, erstattete **Kohur** den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Der Redner führte etwa folgendes aus: Nach dem Novembersturm glaubten auch die Eisenbahner, daß für sie nach den opfervollen Kriegsjahren eine bessere Zeit anbrechen werde. Die Hoffnungen sind jedoch nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil, es ist schlimmer geworden. (Lebh. Sehr richtig!) Als wir im Dezember unsere letzte Lohnbewegung durchführten, konnten wir noch hoffen, daß allmählicher Preisabbau für alle Lebensmittel eine Besserung unserer Lage herbeiführen werde. Das ist nicht der Fall und so waren wir gezwungen, um einigermaßen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, erneut Forderungen zu erheben. Diese aber wollen wir mit allem Nachdruck durchsetzen. Nicht Streiklust treibt uns, sondern die Not unserer Familien. Das sollte der Eisenbahnminister aus der heutigen Versammlung entnehmen. Wir müssen damit rechnen, daß wir auf dem Gebiete der Preisbildung noch das Schlimmste zu befürchten haben. Die Aufhebung der Eierbewirtschaftung, die Lage des Wohnungsmarktes sind Beispiele für die Verschlechterung unserer Lage. Bethmann sagte im August 1914: Not kennt kein Gebot. Was damals für das Volksganze gesagt wurde, gilt heute für jeden einzelnen. (Zustimmung.) Wir kämpfen um die nackten Lebensnotwendigkeiten. Wer sollte da einen Stein auf uns werfen? Wir erwarten, daß mit demselben Ernst an die Prüfung unserer Forderungen herangetreten wird, mit dem sie von uns formuliert worden sind. Wir können freilich kein allzu großes Vertrauen zum Minister haben. (Sehr richtig!) Seit Amtsantritt hat er wenig Verständnis für uns gezeigt. Im Vergleich zu seinem Amtsvorgänger erscheint er in sozialer Hinsicht viel rückständiger. Allenthalben tritt dies in der Stimmung unserer Kollegen im Lande hervor.

Größte Erbitterung ist namentlich auch durch die Vergünstigung von Streikbrechern erzeugt worden. Dagegen müssen wir schärfsten Protest erheben. (Stürmisches: Sehr richtig!) Wenn man davon nicht abläßt, dann gibt es Kampf bis zum Aeußersten. (Lebhafter Beifall.) Wie man den Arbeitern entgegentritt, so behandelt man auch die Beamten. Man belegt mißliebige Beamte mit ungeheuerlichen Geldstrafen und Gehaltsabzügen. Unsere Zuschriften bleiben unbeantwortet. Auch der Angriff der preußischen Regierung auf das Koalitionsrecht unserer Beamten fordert unseren schärfsten Protest heraus. (Stürm. Beifall.) Wir wollen die errungene Koalitionsfreiheit unter allen Umständen erhalten wissen. Wir verlangen das volle Mitbestimmungsrecht in allen Arbeitsangelegenheiten. Unser Geschick muß unsern eigenen Händen anvertraut sein. Die Eisenbahner sind zum Denken erwacht und dessen freuen wir uns. (Sehr richtig!)

Unsere Forderungen sind: für gelernte und ungelernte Arbeiter und Frauen je eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Stunde. Dadurch sind wir erst unseren Arbeitern draußen annähernd gleichgestellt. Der Minister steht unseren Forderungen bislang noch ablehnend gegenüber. Die Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister haben ergeben, daß in absehbarer Zeit an eine Preissenkung nicht zu denken sei. Deshalb bleibt uns kein anderer Weg, als an unseren Forderungen festzuhalten. (Sehr richtig!) Wir können keine Zeit verlieren. Es wird notwendig sein, von der preußischen Staatsregierung zu fordern, daß bis zur großzügigen Lohnregelung jedem Arbeiter eine Wohnzulage von 1 Mark pro Stunde gewährt wird. Wir müssen aber auch unseren Beamten gegenüber Solidarität üben. (Stürmische Zustimmung.) Ueber den Urlaub ist eine neue Verordnung erlassen worden. Dadurch werden zu dem bisherigen Erholungsurlaub Zusatztage gewährt. Wir vermissen aber, daß jedem Eisenbahner das **Recht** auf Urlaub zusteht; Urlaub **kann** nur bewilligt werden. Mit diesem Zustand muß endlich gebrochen werden. (Stürmische Zustimmung.) Wir haben also Grund genug, unzufrieden zu sein. Ich möchte von dieser Stelle aus schärfsten Protest erheben, daß den Freiwilligen-Truppen Beköstigung gewährt wird, die weit über die allgemein übliche steht. Die Lebensmittel müssen gleichmäßig verteilt werden. Wir fordern auch gleiches Recht und energischste Maßnahmen gegen die drohende Gegenrevolution. Wir wollen nicht schimpfen, sondern wie zielbewußte Männer sein, die da wissen, was sie wollen. (Ungeheurer Beifall.) Wir fordern ferner die **Reichseisenbahn**. Und es darf die künstliche Spaltung der Berufsgruppen nicht weiterhin bestehen. Das muß uns zu einer großen Einheitsorganisation und zum Räusystem führen, die machtvoll die Interessen des gesamten Verkehrswesens vertreten. (Stürmischer Beifall.) **Ulrich** erhob im Namen der Beamten gleichfalls Anspruch auf Besserstellung und sprach unter lebhaftester Zustimmung der Versammlung dem Minister **Oeser** schärfstes Mißtrauen aus. Wenn die Verwaltung Geld genug habe, Streikbrechern Sondervergütungen zu gewähren, könne sie auch die Forderungen der Beamten erfüllen. Niemals dürfe die Liste unterzeichnet werden, die ein weiteres Verbleiben der Noskegarden fordert. Gegen die Tendenzurteile, die bürgerliche Gerichte gegen streikende Eisenbahner gefällt haben, protestiere die Versammlung auf das Entschiedenste. (Lebh. Zustimmung.) Die auf dem Eisenbahnerkongreß angenommenen Richtlinien müssen sofort und unbedingt durchgeführt werden, sonst werden die Eisenbahner ganz Deutschlands wie ein Mann aufstehen. (Ungeheure Beifallsstürme.)

Die Ausführungen dieser beiden Redner wurden in der Aussprache noch vielfach nachdrücklichst unterstrichen. Es wurde die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert. Die Freiwilligengarden seien das Drohnenvolk, das die Millionensummen aufzehre, welche rechtschaffen Arbeitenden vorenthalten werden: Mit diesen Leuten dürfe kein anständiger Mensch mehr zusammenarbeiten. (Zuruf: Truppentransporte verweigern.)

Valentin von den Telegraphenarbeitern ging näher auf ihre eigene Lohnbewegung ein und erklärte sich im Namen seiner Organisation mit den Eisenbahnern solidarisch. (Beifall.)

Ein **Delegierter aus Gleiwitz** berichtete von dem dortigen Ausstande, der sich gegen Belagerungszustand und das Verhalten der „Grenzschutztruppe“ richtet und teilt dafür

eine große Anzahl von charakteristischen Einzelheiten mit. Die Versammlungg bekundete lebhafteste Sympathie.

Abele von den Hochbahnangestellten erklärte im Auftrage seiner Kollegen die Bereitwilligkeit zum Zusammenschluß mit dem Deutschen Eisenbahnerverband. Dies begrüßte die Versammlung stürmisch. Die Entschließungen, die wir mitgeteilt haben, gelangten zur einstimmigen Annahme.

Groß-Berlin.

„Die Revolution in Berlin".

Dies war der Titel eines Lichtbildervortrages, den Genosse Hans Siemsen am 25. April im Cöpenicker Stadt-Theater hielt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Siemsen führte im Laufe des Vortrages aus, daß er nur eine Aufgabe sich gestellt habe: möglichst viel Menschen aufzuklären über die Sinnlosigkeit jeder Gewaltanwendung. Die erschütternden, z. T. grausigen Lichtbilder, die er in chronologischer Reihenfolge von dem ersten Revolutionstage bis zu den letzten Kämpfen im März vorführte, verliehen seinen Worten kräftigsten Nachdruck. Er schilderte die unbesiegliche Macht des einigen Proletariats und wies nach, daß nur die Uneinigkeit des Proletariats, nur die Spaltung innerhalb der Proletariermasse die blutigen Zusammenstöße mit all den furchtbaren Opfern an Gut und Blut möglich machten.

Das Publikum lauschte gespannt den Ausführungen des Referenten; es war fast wie in einer Kirche still. Man konnte sich dem Eindruck, den die einfachen, aber zu Herzen gehenden Ausführungen Siemsens machten, nicht verschließen. Es war ein durch und durch pazifistischer Vortrag, dessen einzige Aufgabe darin zu bestehen schien, Blutvergießen und Gewaltanwendung in jeder Form in Zukunft zu verhüten. Als er zum Schlusse von der Notwendigkeit sprach, einig zu sein, und auf der Leinwand die Worte erschienen: „Proletarier Deutschlands, vereinigt Euch" erhob sich ein spontaner, von Herzen kommender Beifall. Der Appell zur Einigkeit war auf fruchtbaren Boden gefallen.

Konfliktstimmung im Rathause zu Köpenick.

Ein Dringlichkeitsantrag des kommunalen Arbeiterrats, wonach der Magistrat die Anerkennung desselben versagt, wurde auf Antrag unserer Genossen hin als erster Punkt auf die Tagesordnung der letzten Sitzung gesetzt.

Unsere Genossen Lampe, Garzke, Beyer und Lietsche gingen mit dem Magistrat sehr scharf ins Gericht und sprachen dieser immer noch nach früheren Grundsätzen zusammengesetzten Körperschaft jedwedes Vertrauen ab. In anderen Gemeinden Groß-Berlins haben die Arbeiterräte allerseits von den Gemeindeverwaltungen Anerkennung gefunden, nur Köpenick scheine eine ganz besondere Ausnahme nach dieser Richtung hin machen zu wollen. Nachdem der Arbeiterrat des öfteren auf gütlichem Wege ein friedliches Zusammenarbeiten angebahnt hatte, jedoch stets durch den Bürgermeister Prümers eine glatte Absage erhielt, wandte er sich beschwerdeführend an den Vollzugsrat, nachdem er die Bestätigung zur Ausübung seiner Funktionen seitens des Kreises usw. erhalten.

Der Vollzugsrat Groß-Berlin wandte sich nun mit nachstehendem Schreiben an den Magistrat Köpenick:

Berlin, den 24. 4. 19.

An den Magistrat Köpenick
z. H. des Herrn Bürgermeisters Prümers.

Es ist uns berichtet worden, daß Sie dem von uns bestätigten Arbeiterrat bei Ausübung seiner Geschäfte Schwierigkeiten bereiten. Wir machen Sie hiermit auf die Kreisblatt-Bekanntmachung des Rates der Volksbeauftragten und die des Landrats v. Achenbach im November 1918 aufmerksam und ersuchen Sie, dem Vorsitzenden des Arbeiterrats, Herrn Balm, sofort mitzuteilen, daß Sie nunmehr den Arbeiterrat anerkennen und demselben mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bei der Ausübung der Amts- und Dienstgeschäfte zur Seite stehen. Sollten Sie sich diesen Anordnungen nicht fügen, so behalten wir uns vor, sofort gegen Sie Schritte zu unternehmen, die zu Ihrer Amtsentsetzung führen werden.

Der Vollzugsrat der A.- und S.-Räte Groß-Berlins.

Dieses Schreiben wurde von unserm Genossen Lampe der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gebracht. Von unserm Genossen Lampe wurde noch darauf verwiesen, daß wir bis jetzt stets bestrebt gewesen seien, auf friedlichem Wege die Kluft zu überbrücken, welche durch die jetzige Zusammensetzung in der Stadtverordnetenversammlung gegeben ist, aber die Haltung des Magistrats sei eine derartig reaktionäre, daß ein Zusammenarbeiten unmöglich ist und der sofortige Rücktritt dieser Herren im Interesse der Einwohnerschaft unbedingt erforderlich sei.

Vom Magistratstisch aus sprang der Bürgermeister Prümers als typischer Vertreter dieser rückständigen Körperschaft wutentbrannt auf und verteidigte in ganz provozierender Art seine Haltung gegenüber dem Arbeiterrat. Er werde sich auch durch das Schreiben des Vollzugsrats von seinem Standpunkt nicht abbringen lassen und den Entscheid des „Ministeriums des Innern" in dieser Angelegenheit abwarten. Unter der Devise „Bange machen gilt nicht" verbreitete er sich in einem ganz verächtlichen Tone über die Zuschrift seitens des Vollzugsrats.

Die Rechtssozialisten spielten gerade in dieser Angelegenheit eine ganz klägliche Rolle. Während sie seinerzeit gemeinsam mit unseren Genossen und unter ihrer Zustimmung gemeinsame Richtlinien für den Wahlmodus des Arbeiterrats beschlossen, bestärkten sie heute sogar die reaktionäre Stellung des Magistrats, indem sie von undemokratischer Wahlhandlung durch ihren Sprecher Direktor Meyer faselten und diesen Antrag im Aeltestenausschuß behandelt wissen wollen. Das Gleiche glaubten sie auch tun zu dürfen bei unserm Antrag, betr. sofortigen Rücktritt der unbesoldeten Magistratsmitglieder.

Die Arbeiterschaft und ihre Vertreter in der U.S.P. werden ihnen diese Handlungsweise jedenfalls nicht vergessen und dieses als eine Sünde gegenüber ihren Wählern in dem schon viele derartige Vergehen aufweisenden Schuldkonto dieser „Auchsozialisten" buchen.

Auch die Etatsberatung brachte zeitweise ganz erregte Debatten und wurde auch hier von unseren Genossen in ganz bestimmter Form ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Magistratskörper zum Ausdruck gebracht.

Jedenfalls dürfte diese Sitzung als Auftakt für weitere Konflikte in den Stadtverordnetenversammlungen anzusehen sein. Weitere Ueberraschungen werden folgen, wenn nicht unserem Antrage, betr. sofortigen Rücktritt des Magistrats, welcher mit Stimmenmehrheit angenommen ist, baldigst Rechnung getragen wird.

Keine Theatervorstellung am 1. Mai.

Am Sonntag hat das technische Bühnenpersonal einstimmig den Beschluß gefaßt, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Mithin fallen die Nachmittags- und Abendvorstellungen aus.

Auch der Omnibusverkehr am 1. Mai eingestellt.

Die Omnibusangestellten haben in einer am Sonntag stark besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, den Betrieb am 1. Mai ruhen zu lassen. Der Arbeiterausschuß.

Achtung! Arbeiterräte der K. P. D.!

Zu der nächsten Fraktionssitzung muß ein jeder mitbringen: 1. Die Fraktionskarte, 2. die grüne Arbeiterratskarte bzw. kommunale Arbeiterratskarte, 3. die Mitgliedskarte der Partei. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Wer noch nicht im Besitz der Fraktionskarte ist, hat sich bereits um ½8 Uhr einzufinden.

Der Fraktionsvorstand.

Spartakistischer Posten?

Der siebzehnjährige Arbeiter Artur Schlaak mußte sich gestern wegen Aufruhr vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgericht I verantworten. Er soll am 6. März in der Großen Frankfurter Straße für die „Spartakisten" mit Gewehr Posten gestanden haben. Die Anklage erblickt darin eine Aufruhrhandlung, weil das Postenstehen eine Unterstützung der Aufständigen war. Der Angeklagte gab an, nicht gewußt zu haben, daß seine Auftraggeber zu den Aufständigen zählten. Als er das erfahren habe, hätte er sofort das Gewehr weggestellt. In der Beweisaufnahme bekundeten zwei Zeugen, den Angeklagten mit Gewehr auf der Straße gesehen zu haben. Ein Kampf hat an dem Tage nicht stattgefunden. Der Anklagevertreter beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Riegner bestritt, daß sich der Angeklagte strafbar gemacht habe, da er sich ja nicht bewußt den Aufständischen angeschlossen hätte. Auch habe dem jugendlichen Angeklagten zum mindesten das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gefehlt und beantrage er dessen Freisprechung.

Das Gericht sprach den Angeklagten kostenlos frei, weil er sich der begangenen strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen ist.

Angehörige von Inhaftierten, die gewillt sind, ihren Lieben Lebensmittel zu bringen, werden ersucht, solche heute, Dienstag, nachmittags von 4 Uhr ab, im Bureau der U. S. P. D., Schicklerstraße 5, Hof II, abzuholen.

Arbeiterbildungsschule. Die Bibliothek steht den Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisationen wieder zur Verfügung. Die Ausgabe erfolgt Donnerstags von 6—8 Uhr. In dieser Woche ist die Bibliothek am Mittwoch geöffnet. Diejenigen Leser, welche noch Bücher aus der Zeit Januar-Februar und früher in Händen haben werden dringend ersucht, diese sofort abzugeben.

Unbekannte Opfer der Märzunruhen kommen immer noch weiter zum Vorschein. Gestern wurden wieder drei Männer aus der Spree gelandet, zwei hinter der Pochhammerschen Badeanstalt, einer am Schiffbauerdamm. Eine der Leichen weist noch deutlich eine Schußverletzung auf. Bei den anderen ist die Feststellung der Art der Verletzungen durch die fortgeschrittene Verwesung erschwert. Einer der Toten ist allem Anschein nach ein Russe. Von den bisher gelandeten Toten sind wieder einige bekannt ge… Die Zahl der seit den Unruhen vermißten Männer … durch diese Feststellungen nach und nach ab, ist aber noch … wegs erschöpft.

Lebensmittelkalender.

Pankow. Von Dienstag, den 29. April 1919, ab 250 Gramm … suppen zum Preise von 48 Pf. auf Abschnitt 20 der Lebens… sowie auf die Bezugs- und Quittungsabschnitte 33 und 34 der … mittelkarte für Jugendliche zusammen 200 Gramm … zum Preise von 30 Pfennigen.

Niederschönhausen. In dieser Woche wird verausgabt: … schnitt 32 der Ausweiskarten für Kinder bis zu 2 Jahren … Haferflocken und 1 Dose kondensierte Milch. Auf Abschnitt … Lebensmittelkarte des Kreises Niederbarnim 200 Gramm … Auf Abschnitt 8 der Kriegsbeschädigtenkarte 1 Pfund Graupen … Abschnitt 134 der hiesigen Lebensmittelkarte 1 Dose … (Leberpaste). Auf Abschnitt C1 der Einfuhrzusatzkarte … und auf Abschnitt 17 der Lebensmittelkarte des Kreises Nieder… je ½ Pfund ausl. Weizenmehl. Diejenigen Personen, die auf … Nr. 132 keine Zitrone erhalten haben, können auf Vorlage … Zitrone erhalten, und zwar in dem Geschäft von Piekenhagen.

Hennigsdorf. Die Milchkarten im Gemeindebezirk … kommen am heutigen Dienstag zur Ausgabe. Wir weisen … daß die Karten nur an dem festgesetzten Tage ausgegeben …

Staaken. Am heutigen Dienstag findet die Ausgabe der … Lebensmittel- und Kindernährmittelkarten statt.

Aus den Organisationen.

Niederbarnim. Die Bezirke werden gebeten, die … Zeitung heute, Dienstag nachmittag, in der Zeit von 4—6 Uhr … Buchdruckerei Moser, Stallschreiberstr. 32/34, abzuholen. Kreisvorstand.

Sechster Kreis. 18. Abteilung. Dienstag abend, 7 Uhr, Mitglieder… versammlung in der Schulaula, Wiesenstr. 66.

Stralau. Mittwoch, den 30. April 1919, abends 7 Uhr, … Versammlung bei Steinicke, Alt-Stralau 5. Tagesordnung: … stehende Wahl zum Kreistage.

Donnerstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Garten … „Alten Taverne", Aufstellung eines friedlichen Demonstrations… Frieden und Völkerglück; von nachmittags 3 Uhr ab in … Lokal gemütliches Beisammensein, Kaffeekochen, ernste und … Vorträge. — Freitag, den 2. Mai, abends 7 Uhr, Sitzung der … lung bei Schultz, Markgrafendamm 6.

Niederschönhausen. Mittwoch, den 30. April, abends 7½ Uhr … Lokal von Nettig, Blankenburger Str. 4, außerordentliche … versammlung. Stellungnahme zur Schöffenwahl. Bericht … Verbandsgeneralversammlung und dem Parteitag.

Freie Jugend Wedding. Gründungsversammlung am … abends 7 Uhr, bei Baileben, Burgsdorfstr. 13, Eingang … Erscheinen aller Jugendkollegen und Jugendkolleginnen unbedingt erforderlich.

Freie Jugend Wilmersdorf. Dienstag, 8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung, Holsteinische Str. 12.

Freie Jugend Tempelhof-Mariendorf. Unser Heim befindet sich seit Sonntag, den 27. April, in der 4. Gemeindeschule, … Mariaplatz (in der Nähe des Teltowkanals) und ist geöffnet … und Sonnabends von 8—10 Uhr, Sonntags von 5—10 Uhr. Die … genossen werden ersucht, ihre aus der Schule entlassenen Kinder … aufmerksam zu machen. Nächste Veranstaltung: Mittwoch, den 30. … Vortrag über Wandern. Beginn pünktlich 8 Uhr.

Freie Jugend Petersburger Viertel. Freitag, 2. Mai, … 7½ Uhr, im Berliner Gesellschaftshaus, NO 18, Lichtenberger … Maifeier (Festvortrag, Rezitationen, Lieder zur Laute, Musik …) Eintritt 1 M. Karten sind zu haben Dienstags, Mittwochs und … tags im Jugendheim Petersburger Straße 39, I, von 6—10 Uhr … im Verbandsbureau, Schicklerstraße 5/6, Hof 2 Treppen, und beim … kassierer Karl Bick, O 34, Kochhannstr. 42.

Freie Jugend Schönhauser Vorstadt. Versammlung mit … Dienstag abend, ½8 Uhr, bei Lange, Schönhauser Allee 103. … Funktionäre müssen um 7 Uhr zwecks Information dort sein.

Freie Jugend Rosenthaler Vorstadt. Dienstag abend, ½8 … der Gemeindeschule Gipsstr. 23a, Zimmer Nr. 5, Mitgliederversamm… lung.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Berlin … Umgegend. Donnerstag, 1. Mai, sämtliche Abteilungen nach … thal „Krügers Lindengarten". Sammelstelle 2 Uhr Schlesisches …

Briefkasten.

E. W. 21. 1. Wollen Sie sich beim Schlichtungsausschuß, … straße 2, erkundigen. 2. Das dürfte kein Grund zur Kündigung … sein.

E. O. 19. Angestelltenversicherung kommt nicht in Frage, … die Landesversicherung. Wenden Sie sich dorthin.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der „Schweizergarten", am Friedrichshain, öffnet am 1. Mai … renoviert und unter neuer Leitung seine Pforten mit der … der Handelsarbeiter des Transportarbeiter-Verbandes.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, … — Druck: … Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. … Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm …

Das Universalwerk des Wissens für alle Leser der „Freiheit" nur 3 Mk. monatliche Zahlung

Wieviel Kleingeld wird nicht jeden Tag achtlos verbraucht, das bei richtiger Anwendung zu einem Vermögen werden könnte! Wenn Sie monatlich 3 Mk. zurücklegen, können Sie dafür das reich illustrierte Universalwerk „Welt und Wissen" in 4 Bänden erhalten.

Dieses Werk in Lexikonformat enthält eine Sammlung aus der ganzen Wissenschaft in Wort und Bild volkstümlich geschrieben und ist eine wahre Fundgrube des Wissens für jedermann.

Die Vielseitigkeit kennzeichnen einige Beispiele:

Die Geschwindigkeit der Gedanken. Der Wille und dessen Gymnastik. Ein Stündchen in einer Opiumhöhle. Das Leben der Tiefseefische. Warum ist die Sonne heiß? Das Leben unter Wasser. Sind Gedanken übertragbar? Lebensregeln für das Alter. Ein Fahrer im Unterseeboot. Von den Wundern der Natur. Flüssige Luft. Was ist Luft? Wie entsteht ein Film?

Außerdem erhält jeder Besteller eine Illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar jeweils ein Heft nach richtigem Eingang des Betrages für einen Band „Welt und Wissen". Jeder Band enthält eine abgeschlossene Wissenschaft aus folgenden Gebieten:

1. Länderkunde. 2. Völkerkunde. 3. Tierkunde. 4. Pflanzenkunde. 5. Mineralkunde. 6. Gesundheitslehre. 7. Physik. 8. Chemie. 9. Technik. 10. Flugtechnik. 11. Astronomie. 12. Meteorologie. 13. Naturgeschichte. 14. Physiologie. 15. Elektrotechnik. 16. Waffenwesen. 17. Photographie. 18. Mathematik. 19. Kulturgeschichte. 20. Landwirtschaft. 21. Forstwesen. 22. Bauwesen. 23. Handel. 24. Wirtschaftslehre. … 30. Verkehrswesen.

Probeheft gratis.

Bestellschein für die Leser der „Freiheit". An den Verlag Peter J. Oestergaard, Berlin-Schöneberg, … Ich bestelle hiermit „Welt u. Wissen", 4 Bände zum Preise von … Der Betrag wird gezahlt mit monatlich ______ Mk. …

Name und Stand: ______

Ort und Straße: ______

Bei monatlicher Zahlung von 3 Mk. wird alle 4 Monate 1 Band geliefert … bei 5 Mk. monatlicher Zahlung wird die ganze 4bändige …

Kupfer Antik. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (Nähe Hermannplatz).

Isolierten Kupferdraht kauft Bramhorst, Holzmarktstraße 17. Alex 2473.

Bettchaiselongue, Kasse 1–12, Anzug preiswert zu verkaufen. Hilse, Adalbertstr. 84, nach 5 Uhr.

Verliehen gewesene und neue Möbel verkauft billigst Seelig, Lothringer Straße 21, (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos, 68.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 800.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00. Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongues, Spiegel, Kommode, billigst. Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Arbeiter- (in) Bekleidung. Hosen, Hemden, verkauft 3—5. Kno, Kostüm, Friedrichstr. 326.

Fahrrad mit Gummi verkauft Kleiner, Eramonstr. 1.

Lehmanns Fachbücher für Handwerker, für Meister, Lehrling oder Geselle. Illustr. Kataloge kostenfrei. Beruf angeben. Fortgesetzt Anerkennung. — Viele tausend Kunden. Carl Herm. Ludwig, Berlin …

Schwarzer Velurhut Sonnabend Abend 12 von Elektrische 27 Nettelbeckplatz bis Wiesenstr. geflogen. Gegen hohe Belohnung abzugeben Meißner, Hochstädterstr. 1.

Junge, 10 bis 13, kann günstigen Landaufenthalt oder Dauerpflege erhalten. Schlag, Schivelbeiner Str. 22.

Umbausofas. Chaiselongues, englische Bettstellen, Patentmatratzen, Auflagematratzen. Tapezierer Walter, Stargarder Str. 18.

Kücheneinrichtung, modern, neu, verkauft Jaberg, Heidenfeldstraße 14.

Tauben verkauft Saarbrücker Str. 14.

Auszichtisch verk. Markgrafendamm 12 v. IV, geradeaus.

Händler, Hausierer, auch Frauen erhalten gangbare Artikel durch Ilycon. Versandhaus, Berlin - Lichtenberg, Frankfurter Allee 198 a.

Gebrauchte Weste, Mitteltour verkauft Bölke, Taborstraße 20.

Restaurant krankheitshalber zu verkaufen Liebenwalderstr. 51.

Straßenhändler. Ne lager zum 1. Mai! Arlon, Wallstraße 21.

Achtung! Die Dame aus Tegel, die am 13. März Strecke Breslau 4. Klasse gefahren ist, wird gebeten, das zum Einwickeln des Kindes geliehene Tuch zurückzusenden an Frau Schneider, Köpenick, Bahnhofstr. 16, II.

Rechtsrat! [illegible]

Ehescheidungen (auch im Armenrecht), Strafsachen, Alimentensachen, Prozeßführung … Detektei … Direktor Mandel …

Rechts-Auskunftei. Invaliden-Straße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Spezialarzt Dr. med. …